Bezugspreis für Januar durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk. frei ins Haus
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wöchentlich
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2446 2449 und 2450
Geschäftsstelle Prinzipalmarkt 13/14 Fernsprecher Nr. 78.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Ohlhagen Berlin SW 68. Post Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 2½ mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- u. Vergnügungs-Anzeigen 15 Pfg. für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familien-Anzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht
Postscheck-Konto Köln 42 114 Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt • Sonntag, den 9. Januar 1927. 6. Jahrgang • Nr. 21

Die französischen Senatswahlen.

Im allgemeinen pflegt man die französischen Senatswahlen als eine die politische Situation nicht sonderlich erschütternde Angelegenheit zu betrachten. Im Gegensatz zur Kammeratmosphäre ist die Atmosphäre des Senats bestimmt durch die gedämpfte Würde und das abgeklärte Phlegma der auf der Höhe ihrer politischen Laufbahn Angekommenen. Diesmal bergen die bevorstehenden Wahlen ein etwas dunkles Verhängnis, denn es bedarf keiner sonderlich starken Verschiebung in der Zusammensetzung der 109 am 9. Januar zur Neuwahl stehenden Senatssitze (ein Drittel des Gesamtbestandes des Senats), um der alten Linken gegenüber Poincarés Nationaler Union wieder das Uebergewicht zu geben. Die leidenschaftlichen Erörterungen über Briands Friedensoffensive haben die öffentliche Meinung wachgerüttelt

Den Ausschlag werden die Wahlen im Seine-Departement geben, wo von den 1076 Wahlmännern nur 140 für Paris-Stadt ihre Stimme abgeben, während die übrigen von vornherein als linksgerichtet anzusehenden auf die teilweise sogar stark kommunistisch beeinflußte Bannmeile von Paris entfallen. Auf jeden Fall haben die Parteien rein Moskauer Observanz beschlossen, im zweiten resp. dritten Wahlgang die Sozialisten und Sozialistisch-Radikalen zu unterstützen. Die Linksparteien gliedern sich in fünf Gruppen, und zwar: Sozialisten mit einer Liste von 10 Kandidaten — also ebenso vielen, wie für das Seine-Departement Senatoren überhaupt zu wählen sind —, unter ihnen Jean Longuet, der Enkel Karl Marx' und der ehemalige Vizepräsident der Kammer, Groussier; Radikale und Sozialistisch-Radikale mit einer Liste von 8 Kandidaten, unter denen der ehemalige Generalgouverneur von Marokko, Steeg, zu nennen ist; Kommunistisch-Sozialistische Gruppe, die nicht in der Abhängigkeit von Moskau steht, mit 10 Kandidaten; Republikanische (bürgerliche) Sozialisten mit nur 3 Kandidaten und endlich die Moskauer Kommunisten, die an die Spitze ihrer 10 Namen enthaltenden Liste den Parteiführer Marcel Cachin gesetzt haben, der in Wirklichkeit aber gar nicht daran denkt, sein Wirkungsfeld in der Kammer mit dem des Senates zu vertauschen.

Diesem verhältnismäßig klar umrissenen Programm der Linken stehen reichlich verschwommene Pläne des Nationalen Blocks gegenüber, der immerhin auf 450 von den 1076 Wahlmännern rechnen zu können glaubt. Er verzichtet absichtlich auf parteipolitische Ausgestaltung des Wahlkampfes, will die Senatswahlen vielmehr zu einer Angelegenheit von Persönlichkeiten machen. An alle als bürgerlich angesehenen Wahlmänner wurde ein Schreiben gerichtet, wodurch sie eingeladen wurden, unter einer gewissen Anzahl von Persönlichkeiten diejenigen zu bezeichnen, die ihnen als Senatoren geeignet erscheinen. Eine Art Vorabstimmung also, die allerlei Mißhelligkeiten zeitigte. So mußte um der wohlwollenden Beteiligung der Linksrepublikaner willen der ehemalige Präsident der Rrpublik Alexandre Millerand von der Liste der in Aussicht gnommenen Kandidaten gestrichen werden, und geht nun als Alleingänger in den Wahlkampf. Auch sonst ist die Stimmung im Lager des Nationalen Blocks noch gänzlich undurchsichtig und dürfte es auch bis in den Wahltag hinein bleiben, wo dann die maßgebenden Persönlichkeiten erst für den zweiten resp. dritten Wahlgang ihre entscheidenden Parolen ausgeben werden.

So ist die Spannung begreiflich. Außerdem erhält die Sensationslust der Pariser Gesellschaft diesmal besonders reichliche Nahrung, weil zum ersten Mal bei Senatswahlen sowohl Senats- wie Kammerpräsident kandidieren und weil ferner Gerüchte darüber gehen, daß die Wiederwahl des Justizministers Barthou in seinem Departement Basses Pyrénés einigermaßen fraglich sein soll.

Die Wiedereröffnung der französischen Kammer ist laut einem Dekret auf den kommenden Dienstag festgesetzt worden. Wie werden die Dinge laufen? Wird Poincaré seine Forderung durchsetzen, daß aus innen- und außenpolitischen Gründen eine Debatte über die äußere Politik bis auf Weiteres unerwünscht sei, oder werden sich die Parlamente die Meinung Briands zu eigen machen, der kürzlich mit Entschiedenheit einen gegenteiligen Standpunkt vertreten hat und eine luftreinigende grundsätzliche Aussprache für nützlich erklärte? Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Entscheidung in dieser Richtung bereits bei der Neukonstituierung des Büros des frisch gewählten Senats fallen wird, denn von dem Büro wird ja die Tagesordnung festgesetzt, und von ihm hängt es ab, welche Punkte auf sie gesetzt werden. Indessen, die Wahl der Persönlichkeiten für das Büro wird ja ihrerseits bereits am Sonntag von den Wählern bestimmt und so kommt es denn, daß der Ausfall dieses Wahltages zugleich eine weithin sichtbare, richtunggebende Vorprobe für die eigentliche Parlamentsschlacht darstellt.

Man hat denn auch den Eindruck, daß man sich in Frankreich, sowohl rechts wie links, über die Bedeutung der bevorstehenden Entscheidungen durchaus klar ist. Hierzu gibt auch die Erwägung Veranlassung, daß es sich ja nicht allein um das Verhältnis zu Deutschland, sondern, ganz im Großen, um die Stellung Frankreichs in Europa und der Welt überhaupt handelt. Die entscheidenden Probleme des Augenblicks haben gegenwärtig fast überall die Eigentümlichkeit, miteinander aufs engste verquickt zu sein, und so gibt es denn auch in Frankreich zur Zeit kaum eine Frage größerer Wichtigkeit, die für sich allein betrachtet und gelöst werden könnte.

Das ist dahin zu verstehen, daß man sich jenseits der Vogesen zwar von Partei zu Partei über die Notwendigkeit (oder die Unmöglichkeit) der Räumung unterhalten und streiten kann, daß das Problem jedoch von den maßgebenden Persönlichkeiten unter dem großen Gesichtswinkel der gesamten Außenpolitik des Landes beurteilt werden muß. Die nationalistische Presse Frankreichs benutzt im Augenblick die Meldung von dem im Wesentlichen erzielten Einverständnis über die Entwaffnung zu einem neuen Feldzug, der sich zugleich gegen Deutschland und Briand richtet. Die Verhandlungen über die Ostfestungen und das Kriegsgerät sind bekanntlich noch nicht beendet, und man merkt es den französischen Chauvinisten deutlich an, wie unangenehm ihnen der Gedanke ist, daß auch diese Fragen eines Tages aus der Erörterung scheiden könnten.

Die bevorstehenden „Großkampftage" in Kammer und Senat werden an welchen Punkten der feindlichen Fronten sie auch einsetzen für Frankreich von entscheiderder Bedeutung sein Es ist nur allzu richtig, wenn ein Blatt der französischen Linken darauf hinweist, daß Frankreich je nach der Zusammensetzung seiner Parlamente Europa zu einer Neugeburt führen oder der Katastrophe entgegentreiben könne.

Der Aufmarsch der französischen Generale gegen die Rheinlandräumung.

b **Paris**, 8. Jan. (Tel.) „Echo de Paris" setzt den Hetzfeldzug gegen die Rheinlandräumung fort. Das Blatt druckt heute eine Äußerung der Generale Berthelot, Hirschauer und Poudagrin zu dieser Frage ab. General Hirschauer erklärt: „Sechs Divisionen am Rhein wären besser, als zwölf hinter ihm!" Zum Schutze Frankreichs wäre nach der Räumung nichts weiter, als das Wort Deutschlands. Das sei zum Lachen, nein, eher zum Weinen. General Poudagrin, Divisions-Kommandeur von Straßburg, ist auch der Ansicht, daß die Regierung nichts getan habe, um die Grenzen durch Verteidigungsanlagen gegen neue deutsche Angriffe (!) zu schützen. Die Räumung des Rheinlandes wäre auf jeden Fall eine schwere Unklugheit.

Wiederaufleben des französischen Linkskartells.

tu **Paris**, 8. Jan. (Tel.) Für die Senatswahlen ist zwischen den Radikalsozialisten, der republikanisch-sozialistischen Partei, den Sozialdemokraten und der sozialistisch-kommunistischen Union ein Abkommen zustandegekommen, das das Kartell vom Mai 1924 wieder aufleben läßt. Die genannten Parteien haben sich verpflichtet, sich jeder Politik zu widersetzen, die internationale Konflikte oder Mißtrauen hervorrufen könne, sowie die bürgerlichen Freiheiten zu schützen. Angestrebt soll ferner die soziale Gesetzgebung, die baldige Ratifizierung des Washingtoner Achtstundenabkommens, sowie die Erlangung des Frauenstimmrechtes werden. Für den zweiten Wahlgang der Senatswahlen sind der sozialistischen Partei vier, der radikal-sozialistischen drei, der sozial-kommunistischen Union und der republikanisch-sozialistischen Partei je ein Kandidat zugesprochen worden.

Abreise Pawels und Forsters nach Paris

tu **Berlin**, 8. Jan. General Pawels und Geheimrat Forster werden heute abend um ½11 Uhr zu weiteren Verhandlungen über die Restpunkte nach Paris reisen.

Die Zeitfreiwilligen in der Reichswehr.

b **Berlin**, 8. Jan. (Tel.) Wie den Blättern zufolge verlautet, wird die angekündigte Verordnung über die Zeitfreiwilligenfrage in der Reichswehr in der nächsten Zeit als eine Verordnung des Reichspräsidenten erlassen werden. Damit sind die Verhandlungen über die Zeitfreiwilligenfrage, die zwischen der deutschen Regierung und der Interalliierten Militärkontrollkommission gepflogen worden sind, auch formell zum Abschluß gebracht.

Zur Regierungsbildung.

Eine Erklärung der deutsch-konservativen Partei.

Nachdem die Deutschnationale Parteileitung gestern Herrn v. Loebell abgeschüttelt hat, weil er in einem Artikel behauptete: „Kein Mensch denke mehr daran, die Verträge von Locarno umzustoßen . . . Und was die innere Politik betrifft, so stellten sich heute sämtliche Parteien mehr oder weniger freudigen Herzens auf den Boden der heutigen Verfassung" meldet sich heute die deutsch-konservative Partei zu Wort, die bekanntlich innerhalb der Reihen der Deutschnationalen Volkspartei immer noch ein Eigenleben führt. Der Vorsitzende der deutsch-konservativen Partei Graf Seydlitz-Sandreczky gibt folgende Erklärung ab:

„In der Linkspresse wird die Vermutung verbreitet, als ob es möglich wäre, daß die Deutschnationale Volkspartei anläßlich der Regierungsbildung durch eine Erklärung die wesentlichsten ihrer Grundsätze, den monarchischen Gedanken und den Widerstand gegen die Erfüllungspolitik preiszugeben sich bereit finden könnte. Ich halte einen derartigen Gesinnungswechsel für unmöglich und darf namens der in diesem Zusammenhang erwähnten deutsch-konservativen Partei erklären, daß dieses etwas Derartiges keinesfalls mitmachen würde."

Der Vorsitzende der deutsch konservativen Partei war früher der jetzige Vorsitzende der Deutschnationalen, Graf Westarp. Die Deutschnationalen haben in den letzten Wochen mit allen Mitteln versucht, ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen. Nun zerstreuen sie selbst den Nebel, den sie um die Regierungsbildung aufgerichtet haben. Nach den Erklärungen der Parteileitung und der deutsch-konservativen Partei kann man nur annehmen, daß der Standpunkt, den Graf Westarp am 28. November 1925 bezüglich des Locarno-Vertrages formuliert hat: „Wir erkennen nach wie vor die rechtlich-bindende Kraft der Vorlage nicht an" immer noch Geltung hat.

Das bestätigt auch ein Artikel in der „Deutschen Zeitung". Hier befaßt sich Graf von der Schulenburg mit dem „neuen Kurs", setzt mit vielen Worten auseinander, daß Deutschland aus dem Völkerbund austreten müsse. Er schließt mit folgender Forderung:

„Und da sollten wir fortfahren, uns an unseren bösen Dämon Frankreich den einzigen, der uns wirklich ans Leder will, wegzuwerfen? Ich glaube wirklich, dies ist die mit Wahnsinnsmut oder mit Verräter-Tücke festgehaltene einzige Möglichkeit uns trotz bester Aussichten auf Rettung zugrunde zu richten. Nein: mit dem alten Jahr soll auch dieser Wahn dahinsinken ins Meer der Vergessenheit — soweit es etwas Schlimmeres ist, muß endlich das deutsche Volk sich gegen den Feind im Innern zusammenschließen — und den festen Griff am Steuer wollen wir das Staatsschiff zu neuem Kurs drehen, zu selbstbewußter deutscher Politik auf dem Wege der Befreiung von gallischer Vormundschaft zu neuer ehrlicherer deutscher Freiheit und Größe."

Die Situation klärt sich. Die Deutschnationalen werden selbst wissen, daß die übrigen Parteien für eine Politik der Illusionen nicht zu haben sind und daß ein Kabinett gegen die auch vom Reichspräsidenten gebilligte Außenpolitik nicht möglich ist, ganz abgesehen davon, daß auch die Frage der Verfassung vollkommene Klarheit erfordert. Sie schalten sich wieder einmal selbst aus.

Der Nicaragua-Konflikt.

Das amerikanische Vorgehen.

tu **Washington**, 8. Jan. Wie aus Nicaragua gemeldet wird: wurde gestern kurz nach Ankunft der amerikanischen Marinesoldaten die Eisenbahnstrecke bei Corinto in einer Länge von 200 Fuß unweit des Hafens in die Luft gesprengt.

Der im Hafen von Managua stationierte amerikanische Kreuzer „Galveston" ist ausgelaufen, um die mexikanischen Schiffe mit Munitionsladungen für Sacasa abzufangen. Die letzten nach Zentralamerika ausgelaufenen amerikanischen Kriegsschiffe haben besondere Landungstruppen mitgenommen.

Die gestrige amtliche Erklärung des Weißen Hauses wird als die weitgehendste seit dem Weltkriege bezeichnet. Coolidge erklärte darin u. a., daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Leben und Eigentum der Amerikaner in aller Welt schützen werde. Ein Nachgeben sei nicht mehr möglich. Die amerikanischen Truppen werden in Nicaragua bleiben, bis daß Leben und Eigentum der dort lebenden amerikanischen Bürger gesichert und die Ordnung wiederhergestellt sei. General Latimer habe umfangreiche Vollmachten erhalten, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können. Es sei keine leere Geste, wenn die amerikanische Regierung eine andere Regierung anerkenne. Man könne dabei nicht immer danach fragen, wie eine Regierung zur Macht gekommen sei. Wenn eine de facto-Regierung vorhanden sei, die die Gesetze und das Recht aufrecht erhalte, werde sie von USA. anerkannt. Der Botschaftsrat bei der amerikanischen Vertretung in Mexiko, Schoenfeld, der als genauer Kenner der amerikanischen Verhältnisse gilt, ist zum Berichterstatter nach Washington berufen worden.

Die Lage in China

w **London**, 7. Jan. (Tel.) Eine Reutermeldung aus Peking besagt, die Tatsache, daß Hunderte von britischen Staatsangehörigen in China einer unwürdigen Behandlung ausgesetzt waren und von ihren Heimstätten vertrieben wurden, wird hier als ein sehr ernster Schlag gegen das britische System in ganz Asien angesehen, wobei auf die vermutlichen Auswirkungen dieser Ereignisse in Indien hingewiesen wird. Befremdet haben die offiziellen Zusicherungen, die britischen Streitkräfte in China seien ausreichend, um Leben und Eigentum zu schützen, während tatsächlich in Hankau im kritischen Augenblick die Streitkräfte bei weitem zu gering waren, um einem Angriff Widerstand zu leisten. Eine weitere Meldung besagt, daß durch die Räumung von Tschengtufu und anderen Plätzen der Provinz Szechuan in anderen Teilen Süd- und Westchinas durch die britischen Männer und Frauen alle Vorbereitungen getroffen wurden. An einigen Orten hat die Räumung bereits begonnen 60 amerikanische Staatsangehörige, Frauen und Kinder, haben Hankau verlassen.

Über die Lage in Hankau berichtet Reuter: Um 1 Uhr morgens war die Lage noch sehr gespannt. Die britische Konzession wird vollständig von Nationalisten bewacht. Die Geschäfte mit den Banken sind vollkommen lahmgelegt, trotz der Versicherung der Nationalisten, daß die Ordnung aufrecht erhalten werde. Der Korrespondent des Reuterbüros sowie andere Personen wurden von kleineren Truppenabteilungen in den Gebäuden der asiatischen Petroleum-Gesellschaft eingeschlossen; man hofft jedoch auf ihre baldige Befreiung.

Nach Meldungen aus Hongkong wird das britische Schutzgebiet durch eine Kommission von fünf chinesischen Nationalisten gegenwärtig verwaltet.

Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Flotte, Admiral Williams, ist nach Schanghai beordert worden, um sich persönlich von dem Stande der Dinge zu überzeugen und seiner Regierung Bericht zu erstatten.

Amerikanische Kriegsschiffe vor Hankau.

tu **Newyork**, 8. Jan. Der in Manila stationierte Admiral Williams hat auf Grund eines Kabinettsbeschlusses den Auftrag erhalten, sofort aufzubrechen und das Kommando über die aus 24 Einheiten bestehende ostasiatische Flotte Amerikas von Hankau zu übernehmen.

Verzicht Japans auf Konzession in China?

b **Berlin**, 8. Jan. (Tel.) Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers" aus Peking, soll Japan der Regierung in Peking einen Vertrag unterbreitet haben, in dem es gegen wirtschaftliche Vorteile auf eigene Konzession freiwillig verzichtet. Der japanische Gesandte begibt sich nach Kanton, um die Zustimmung von dort ebenfalls einzuholen.

Amerikas Beteiligung an der Abrüstungskonferenz.

w **Washington**, 7. Jan. Der Präsident Coolidge brachte heute im Kongreß die Forderung nach Bewilligung weiterer 75 000 Dollar zur Deckung der Ausgaben für die amerikanische Delegation zur Abrüstungskonferenz ein. Er führte zur Begründung aus: Ich bin der Ansicht, daß die vorbereitenden Arbeiten von Nutzen gewesen sind, und daß guter Grund zu der Hoffnung besteht, daß in weiteren Zusammenkünften greifbare Ergebnisse erzielt werden. Wir sollten weiterhin unsere volle Mitarbeit gewähren mit dem Ziele, sobald wie möglich eine endgültige Konferenz zustande zu bringen, auf daß weitere Schritte zur Beschränkung der Rüstungen getan werden könnten.

Der Marineetat im Repräsentantenhaus.

w **Washington**, 7. Jan. Das Repräsentantenhaus hat die Abänderungsanträge zur Marinevorlage, in denen der Bau dreier neuer Kreuzer gefordert wurde, abgelehnt.

Um den Reichshaushalt.

Einen „Riesenskandal" glaubt der „Vorwärts" aufdecken zu können. Er stellt im Anschluß an den neuen Reichshaushaltsentwurf, der im Reichstag vermutlich noch zu lebhaften Auseinandersetzungen führt, die Behauptung auf, im Jahre 1924, dem letzten Jahr, in dem das Reich es für nötig befunden habe, dem Reichstag eine Reichshaushaltsrechnung vorzulegen, sei ein Ueberschuß von 2,4 Milliarden erzielt worden, wovon noch 700 Millionen Mark übrig geblieben sein müßten. Diese Summe sei durch Etatsüberschreitungen von einzelnen Ministerien, insbesondere aber vom Reichswehrministerium, verbraucht worden.

Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt: Der Reichshaushaltsplan für 1924 ist zu einer Zeit aufgestellt worden, als der Uebergang von der Inflation zur festen Währung gerade vollzogen war. Dieser erst im Monat August 1925 verabschiedete Goldmarketat konnte daher zunächst nur ein tastender Versuch sein, die Einnahmen und Ausgaben des Reiches in fester Währung einigermaßen richtig zu schätzen. Die Reichsregierung war gesetzlich ermächtigt, die notwendigen Ausgaben zu leisten Daß die Reichsregierung von dieser Ermächtigung nur in dem unbedingt notwendigen Ausmaße Gebrauch gemacht hat, ergibt sich aus der, der Rechnung beigegebenen Begründung für die überplanmäßigen Ausgaben. Die Ueberschreitungen des Kriegslastenhaushaltes beruhen fast ausschließlich auf den bekannten Zahlungen für Reparationssachleistungen, über die in einem besonderen Ausschuß des Reichstages verhandelt worden ist. Aufgabe des Rechnungsausschusses des Reichstages wird es sein, die Ueberschreitungen im einzelnen nachzuprüfen. Dabei wird sich ergeben, daß der Vorwurf einer fahrlässigen oder gesetzwidrigen Verwendung von Reichsgeldern der Begründung entbehrt.

Billige Nacht-Ferngespräche.

Durch die neue, allerdings noch nicht genehmigte Fernsprechordnung, die am 1. April in Kraft treten soll, werden verbilligte Ferngespräche für die Zeit von 7 Uhr abends bis 8 Uhr morgens eingeführt. Für diese Gespräche, neben denen die Nachtabonnenten-Gespräche zu halben Gebührensätzen in alter Form bestehen bleiben, werden nur zwei Drittel der gewöhnlichen Gebühren erhoben. Diese Gebühren sollen in Zukunft derart gestaltet werden, daß für ein Dreiminutengespräch erhoben werden: bis 5 Kilom. (jetzt 15 Pfg.) künftig 10 Pfg., über 5 bis 15 Kilometer (jetzt 30 Pfg.) künftig 30 Pfg., über 15 bis 25 Kilometer (jetzt 45 Pfg.) künftig 40 Pfg., über 25 bis 50 Kilometer (jetzt 90 Pfg.) künftig 60 Pfg., über 50 bis 75 Kilometer (jetzt 120 Pfg.) künftig 90 Pfg., über 75 bis 100 Kilometer (unverändert 120 Pfg.) In den Gebührensätzen auf größere Entfernungen als 100 Kilometer ändert sich nichts. Die Gesprächssteuer wird künftig allgemein so berechnet, daß zunächst eine Einheit von 3 Minuten zugrunde gelegt und die über 3 Minuten hinausgehende Zeit nach Einzelminuten angesetzt wird (jetzt werden im Verkehr bis zu 100 Kilometer Drei-Minuten-Einheiten angesetzt, also 4 Minuten gleich 6, 7 Minuten, gleich 9 usw. gerechnet).

Attentatsplan auf einen früheren sozialdemokratischen Abgeordneten?

tu **Frankfurt a. M.**, 8. Jan. Wie der „Frankfurter Kriminalpolizei" von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat eine ausländische Gruppe mazedonischer Emigranten einen Anschlag auf den früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hermann Wendel geplant. Die für das Attentat ausersehenen zwei Leute sollen sich unter dem Vorwande, ihm Material zu bringen oder von ihm zu erbitten, an ihn herangemacht haben. Hermann Wendel hatte durch seine mazedonischen Artikel das Mißfallen gewisser mazedonischer Kreise erregt. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung der Angelegenheit beschäftigt.

Die heutige Nummer umfaßt 32 Seiten.

Die Schulreform in Oesterreich.

(Von unserem Korrespondenten.)

l **Wien**, 5. Januar.

In konsequenter Verfolgung des Grundsatzes „Wem die Jugend gehört, gehört auch die Zukunft", hat sich in Österreich unmittelbar nach dem Umsturze, eine Einheitsfront von bürgerlichen Linksradikalen und Sozialisten gebildet, welche zwar nicht einen Kulturkampf mit wehenden Fahnen sich zum Ziele setzten, jedoch eine Umformung des gesamten Bildungs-Apparates im Sinne freimaurerischer Kulturideale. Und der der ersten Koalitions-Regierung angehörende Unterrichts-Minister Glöckel begann mit einer Schulreform, welche anerkennenswerte modern-pädagogische Grundsätze als Deckmantel für eine völlige Laizisierung des Schulwesens benützte. Nach Ansicht der Schulreformer dieser Richtung sollte das Bildungswesen zu einem sozialistischen Partei-Institut gemacht werden, in eine Reihe gestellt mit der sorgfältig ausgebauten Partei-Bildungs-Organisation; auch das Unterrichtswesen im österreichischen Heere diente zeitweilig Parteizwecken; und heute will man wieder im Wege der Kinogesetzgebung auch auf das große Publikum parteipolitisch „erzieherisch" wirken.

Der Hauptkampf aber geht um die Volksschulen und um die Mittelschulen, der Kampf um die Hochschulen, der in der Vorkriegszeit, als noch der Liberalismus in Blüte stand, so manche Regierungsschwierigkeiten nach sich gezogen hatte, scheint vorläufig vertagt zu sein. Für die österreichischen Elementarschulen steht noch das Reichs-Volksschul-Gesetz vom Jahre 1869 in Geltung, welches unter anderem eine „sittlich religiöse Erziehung der Kinder" als Hauptziel aufstellt. Im Volksschulwesen der Länder hat sich gegenüber den Zuständen in der Vorkriegszeit verhältnismäßig wenig geändert; anders in Wien mit seiner sozialistischen Gemeinde- und Landesregierung, wo man zunächst einen mißbräuchlich interepretierten Satz aus dem Grundgesetz über allgemeine Rechte der Staatsbürger — „niemand kann zur Teilnahme an religiösen Übungen gezwungen werden" — als Gegenmittel gegen den Grundsatz sittlich-religiöser Erziehung verwendet. Schon in den ersten Jahren nach dem Umsturze wurden die religiösen Übungen abgeschafft, der Religions-Unterricht auf ein Minimum reduziert, die Katecheten, falls solche Posten überhaupt besetzt wurden, schikaniert und gesellschaftlich boykottiert. Seitdem Österreich wieder christlich-soziale Unterrichtsminister hat, sind Konflikte zwischen der Wiener Schulbehörde und der Reichsschulbehörde an der Tagesordnung. Eine endgültige Vereinigung ist deswegen erschwert, da im österreichischen Abgeordnetenhause 82 Christlich-Sozialen 83 Sozialisten, Großdeutsche und Landbündler gegenüberstehen, welche sich in Kulturfragen automatisch zu einer Einheitsfront zusammenschließen. Dies konnte man schon konstatieren, als im September 1924 Bundeskanzler Dr. Seipel für die Bekenntnisschule eintrat; mit Mühe konnte damals eine Regierungskrise vermieden werden. Und vor wenigen Tagen erst, als es sich um die Frage handelte, ob die im Burgenland noch seit dem ungarischen Regime bestehenden Bekenntnisschulen durch den allgemeinen österreichischen Simultan-Schultyp ersetzt werden sollen, bleiben die Christlich-Sozialen bei einer parlamentarischen Kampfabstimmung gleichfalls mit wenigen Stimmen in der Minorität.

Auch der um die Mittelschule tobende Kampf ist noch nicht ausgefochten. Im österreichischen Mittelschulwesen drängen alle Parteien nach Erneuerung, nach Moderniserung und einer entsprechenden Neubildung von Mittelschultypen. Die Sozialisten verfolgen dabei den Nebenzweck, durch eine weitgehende Nivellierung der Untermittelschule den Bildungsgang zu verflachen und zugleich einer, ihnen parteimäßig gefügigen Lehrerschaft Eintritt in das Professorentum zu gewähren. Die sich daraus ergebenden Konflikte führten im Juni 1926 bekanntlich zum Rücktritt des Unterrichtsministers Dr. Schneider; seither suchte man vergebens nach einem Kompromiß. Nunmehr hat Unterrichtsminister Schmitz vor wenigen Tagen Richtlinien für die gesetzliche Regelung des österreichischen Mittelschulwesens und auch für die Ausgestaltung der österreichischen Bürgerschulen erlassen, Richtlinien, die zunächst wohl nur eine Diskussionsbasis, schließlich aber den Ausgangspunkt für eine gesetzliche Mittelschulreform bilden. Die Richtlinien stellen den Grundsatz auf: Die Mittelschulen sind allen Kindern des Volkes lediglich nach Maßgabe ihrer Befähigung und Neigung zugänglich. Im Mittelpunkt der Bildungsaufgaben der Untermittelschulen steht der Deutschunterricht, der mit den übrigen Lehrgegenständen in organischer Zusammenarbeit wirken muß. Die möglichste Vereinheitlichung der Unterstufe verschiebt die endgültige Berufswahl über den Beginn des Mittelschulstudiums hinaus. Es ergeben sich zwei Hauptarten von Mittelschulen: Das Gymnasium und die realen Bildungsanstalten, die wieder, je nachdem, ob als grundständige Fremdsprache eine lebende oder das Lateinische gelehrt wird, als Realschulen oder als Lateinrealschulen zu bezeichnen sind. Die bereits seit 1921 eingeführte Frauenoberschule bleibt als eine, den besonderen Bedürfnissen der höheren Mädchenbildung angepaßte Obermittelschule bestehen. Schüler, welcher nach der Volksschule die Bürgerschule besuchen und dann erst eine besondere Begabung für das Mittelschulstudium zeigen, haben die Möglichkeit des Übertrittes in Mittelschulen und in besondere „Aufbauschulen", welche in einer gedrängten Studienlaufbahn gesteigerte Anforderungen stellen, was natürlich ausreichende Befähigung und den nötigen Arbeitswillen zur Voraussetzung hat. Die so geplante Aufbauschule erweist sich als eine ausgesprochene Begabtenschule. Ob dieses Experiment gelingen wird, ist fraglich.

Obwohl diese österreichische Mittelschulreform, deren Begutachtung mit Ende Januar abgeschlossen sein muß, den Wünschen der sozialistischen Opposition weitgehend entgegenkommt, wird sie doch von dieser als Machwerk hingestellt, wohl mehr aus Prestigegründen, da die Marke der Schulreform eben unbedingt eine sozialistische bleiben soll. So wird also auch der Kampf um die österreichischen Mittelschulen weitergehen.

Die angeblichen Polenmißhandlungen im Gleiwitzer Gefängnis.

Ein Musterbeispiel der polnischen Hetze gegen Deutschland.

tu **Kattowitz**, 8. Jan. (Tel.) In der gestrigen Sitzung des schlesischen Sejms wurde von den polnischen Parteien in einem Dringlichkeitsantrage darauf hingewiesen, daß im Gefängnis in Gleiwitz polnische Staatsbürger aus Polnisch-Oberschlesien, die unter dem Vorwand politischer Vergehen verhaftet wurden, in brutaler Weise mißhandelt werden. Die Mißhandlungen erfolgten mit Wissen der Gefängnis- und richterlichen Untersuchungsbehörden. Der schlesische Sejm fordert daher von der Staatsregierung, eventuell durch den Völkerbund, die preußischen Gefängnisse in Schlesien kontrollieren zu lassen.

Von Seiten des Deutschen Klubs ergriff Abgeordneter Dr. Bant das Wort und bedauerte die Einbringung eines derartigen Antrages, der sehr unglücklich sei und nicht im Staatsinteresse liege. Der ganze Antrag stütze sich, wie der Abgeordnete Rakowsky ja selbst zugebe, nur auf Informationen. Beweise für die angegebenen Mißstände fehlten aber. Typisch sei der Fall Dittmer. Ueber ihn berichtete die polnische Presse in großer Aufmachung u. a., daß im Gleiwitzer Gefängnis ein polnischer Häftling unter Mitwissen des Untersuchungsrichters Heinze vergiftet

worden sei. Einige Tage nach dieser fatalen Nachricht meldete sich der angebliche Tote Kaufmann Dittmer aus Boguschütz gesund und munter in der Redaktion einer deutschen Zeitung in Kattowitz. Er war weder verhaftet noch vergiftet worden und sagte aus, daß ihm an der Grenze übel geworden sei und er sich in Behandlung begeben mußte. So sehen also in Wirklichkeit die Mißhandlungen aus. Der Deutsche Klub protestiert daher gegen diesen Antrag. Zum Zeichen des Protestes verließ der Deutsche Klub den Saal.

Bisher keine Ablehnung des Schiedsspruches Calonders durch die polnische Regierung.

tu **Berlin**, 8. Jan. Entgegen den in der Presse verbreiteten Mitteilungen, wonach die polnische Regierung den von Calonder gefällten Schiedsspruch in der oberschlesischen Schulfrage bereits abgelehnt habe, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß eine solche Ablehnung bisher noch nicht erfolgt ist. Ob die Angelegenheit vor dem Völkerbund verhandelt werden wird, ist somit bis zur Bekanntgabe der Stellungnahme der polnischen Regierung ungewiß.

Polnische Bemühungen um die Stabilisierungsanleihe.

+ **Warschau**, 7. Jan. Die Verhandlungen der polnischen Regierung mit den ausländischen Bankiers über die Aufnahme einer Stabilisierungsanleihe sollen, wie verlautet, anfangs Februar aufgenommen werden. Man spricht vor allem von dem amerikanischen Bankhaus Morgan. Der Betrag von 100 Millionen Dollar entspreche jedoch nicht den Tatsachen. Es handelt sich um einen Betrag von 35—40 Millionen Dollar. Ob sich der Vizepräsident der Polnischen Staatsbank, Mularski, nach Newyork begeben wird, ist noch unbestimmt. Die Anleihe soll von der polnischen Regierung garantiert sein und für die Stabilisierung der polnischen Geldangelegenheiten verwendet werden.

Interessante Dokumente.

Der Kampf Minister Hirtsiefers gegen völkische Verleumder.

Der Beleidigungsprozeß, den der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer gegen den Chefredakteur des „Deutschen Tageblatts", Dr. Lippert, angestrengt hat, und der bereits mehrmals vertagt wurde, kommt demnächst wieder zur Verhandlung. Lippert hat „als journalistischer Schildknappe des von ihm hochgeschätzten Schriftstellers Gieseler" eine von diesem (dem völkischen Landtagsabgeordneten Forstmeister Gieseler) gemachte schmutzige Verleumdung über eine Wiener Reise des Ministers in dem völkischen Organ wiedergegeben. Gieseler hat sich in seiner eidlichen Aussage darauf berufen, daß Professor Otte (Wien) die Beschuldigungen im Gebäude des preußischen Landtags wiederholt habe, und Gieseler hat stolz dem Gericht eine eidesstattliche Versicherung dieses Prozesses Otte überreicht. Was sagt Professor Otte dazu? Die „Germania" veröffentlicht folgende Erklärungen Ottes:

1. 29. Oktober 1926: „. . . Als ich im Oktober 1925 in Berlin war, wurde ich in den Couloirs des Landtags von dem Abgeordneten Gieseler stürmisch um eine eidesstattliche Versicherung begehrt . . . Als ich mich angesichts des fortgesetzten Drangens in einer Zwangslage befand . . ., willigte ich unter diesem psychologisch plausiblen Drucke, der einer Überrumpelung gleichkam, in die eidesstattliche Erklärung ein, deren Inhalt in ein paar Blitzsekunden, ohne daß ich mir eine Abschrift nehmen konnte, von uns redigiert wurde . . . Ich habe geglaubt, daß diese Erklärung nur rein interne Zwecke verfolge . . . In der nach der erfolgten eidesstattlichen Erklärung stattgefundenen Fraktionssitzung, zur der ich als Gast zugezogen war, kam allgemein die Meinung zum Ausdruck, daß mit dieser Erklärung nichts anzufangen sei, und daß es seitens Gieselers das beste sei, die Sache raschestens zu liquidieren . . . Der Sache Lippert stehe ich vollkommen fern; sie ist nur dadurch aufs Tapet gekommen, daß Gieseler in meine eidesstattliche Erklärung ganz unbegründete Deutungen hineinkommen ließ resp. Lippert durch unrichtige Informationen zu dem Angriff verleitete, den ich nach jeder Richtung hin mißbilligte."

2. 1. November 1926: „. . . Im Oktober 1925 läßt sich Gieseler hinreißen, Hirtsiefer im Landtage anzugreifen. . . . Inmitten eines Gesprächs mit Major v. Krogh und Wulle in völlig anderer Angelegenheit werde ich von Gieseler zunächst im allgemeinen um eine schriftliche Bestätigung der früher am Biertisch gemachten Äußerung flehentlich bestürmt. . . . Gieseler wurde nämlich im Landtag nach Beweisen gedrängt, und er hatte keinerlei Material. . . . Ich habe aus Gutmütigkeit, Gutgläubigkeit und Vertrauen Gieseler in seiner Lage, in die er durch seinen voreiligen Temperamentsausbruch im Landtage gelangt war, helfen wollen. Drum stellte ich ihm eine eidesstattliche Erklärung gewissermaßen als moralischen bedingten Gefälligkeitswechsel aus. Gieseler oktroyierte mir gewisse Stellen auf. Erst bei meinem Verhör am 29. Oktober 1926 wurde mir klar, wie ich von Gieseler am 22. Oktober 1925 moralisch vergewaltigt worden bin. . . . Es war eine bewußte Täuschung, der sich Gieseler schuldig machte, eine Vergewaltigung und Erpressung gegen mich. . . . Ich finde keine Worte, meine Empörung darüber (daß Gieseler den Professor Otte des Umfalls zeiht. Die Red.) auszudrücken. Mir ist in meinem Leben ein Akt solcher moralischer Nötigung und effektiver Vergewaltigung noch niemals vorgekommen. Herr Gieseler hat nicht das Recht, sich auf einen guten Glauben in dieser Sache zu berufen. Er hat im Bewußtsein, daß er noch kein Material hatte und entgegen den gestellten Bedingungen und offenbar total irreführend für Dr. Lippert diesen zu einem abermaligen Angriff verleitet. . . . Auch Dr. Lippert dürfte sich nicht auf guten Glauben berufen. . . ."

Man wird gut tun, bei künftiger Würdigung des völkischen Treibens an diese nicht sehr höfliche, aber sehr treffende Charakteristik zu denken, die den Völkischen hier einer der ihren ins Stammbuch schreibt.

Deutsches Reich

Das Gnadengesuch für Holz.

b **Berlin**, 8. Jan. Die Mitteilung verschiedener Blätter, wonach über das Gnadengesuch für Holz, das dem Reichspräsidenten eingereicht worden ist, bereits ablehnend entschieden worden sei, wird von unterrichteter Seite als falsch bezeichnet. Anläßlich dieses Gnadengesuches wird darauf aufmerksam gemacht, daß die eventl. Aufklärung des Falles Heß nicht ausreichen würde, um Holz aus dem Zuchthaus zu entlassen, da Holz bekanntlich nicht nur wegen dieses Falles, sondern außerdem wegen einer großen Anzahl von Sprengstoffdelikten, zwei Beraubungen, einer Brandstiftung und eines versuchten Totschlages verurteilt worden ist. Zur Beseitigung der wegen dieser Verbrechen verhängten Strafen ist das Wiederaufnahmeverfahren im Falle Heß in keinem Falle ausreichend.

Erhebung der Anklage wegen der Angriffe gegen Landgerichtsdirektor Dr. Marschner.

w **Berlin**, 7. Jan. (Tel.) Im Zusammenhang mit den Angriffen eines Berliner Montagsblattes vom Dezember v. J. gegen Landgerichtsdirektor Dr. Marschner, dem vorgeworfen wurde, daß er in einem Prozeß sich eine Rechtsbeugung habe zu Schulden kommen lassen dadurch, daß er bei Stimmengleichheit den Ausschlag für den Schuldigspruch des Gerichtes gegeben habe, hat, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, die Staatsanwaltschaft nunmehr gegen den verantwortlichen Redakteur des „Montagmorgen" Ruppel, den Rechtsanwalt Dr. Franz Themal und einen in der Angelegenheit verwickelten Beamten der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Landgerichtsdirektor Dr. Marschner hat sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen.

Der Jungdo.

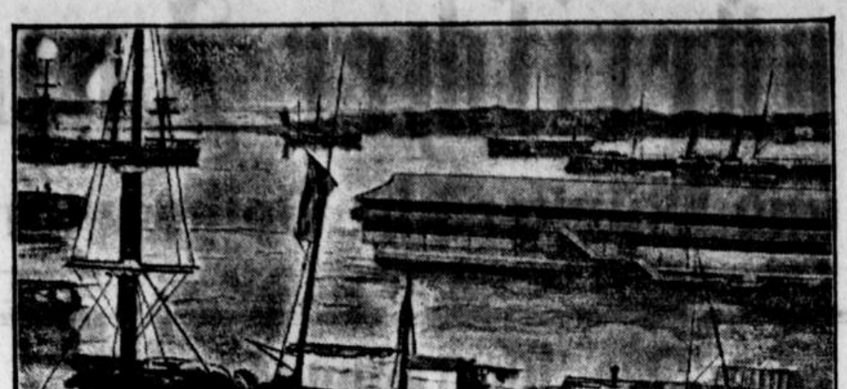
Im Jungdeutschen Orden kriselt es; gewisse Kreise der Mitglieder, mit der Politik des Hochmeisters Mahraun nicht einverstanden, erließen am 24. Dezember v. J. einen Aufruf zur Rettung des Ordens, für den angeblich schon namhafte Zustimmungen aus dem ganzen Reich vorliegen. Nunmehr haben sich unter dem Namen „Jungdeutsche Bruderschaft Elberfeld" die Verfasser des Aufrufes zusammengefaßt, um die Rückkehr des Ordens zu den Ordenszielen „in ihrer alten reinen Form" zu erreichen. Zum Großmeister wurde Studienrat Dr. Gyssin gewählt.

Stadt und Land.

Die Ergebnisse der Volkszählung vom 16. Juni 1925 sind jetzt teilweise vom Statistischen Reichsamt in einem Sonderheft veröffentlicht, das die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land und verschiedene damit im Zusammenhang stehende Fragen behandelt. Danach sind im Deutschen Reiche insgesamt 63 580 Gemeinden mit 62 348 782 Einwohnern gezählt worden. Die Verteilung der Gesamtbevölkerung auf die einzelnen Gemeinden gelangt in der Reichsstatistik in der Weise zur Darstellung, daß die Gemeinden nach der Größe ihrer Einwohnerzahl in 8 Klassen eingeteilt werden. Die Hauptunterscheidung erfolgt nach Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern (in der Statistik als ländliche Bevölkerung bezeichnet) und Gemeinden mit 2 000 und mehr Einwohnern („städtische Bevölkerung"). Von der Gesamtzahl der Gemeinden entfallen danach 60 132 oder 94.6 v. H. auf die Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, von der Gesamtzahl der Einwohner dagegen 22.2 Millionen oder 35,6 v. H. Die übrigen Zweidrittel der Bevölkerung wohnen in Gemeinden mit 2 000 und mehr Einwohnern.

Es werden also von der Statistik in willkürlicher Weise alle Einwohner, die auf Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern entfallen, als Stadtbevölkerung bezeichnet. Unter Zugrundelegung derselben Unterscheidungsgrenze spricht man von städtischen und ländlichen Gemeinden. Wenn man auch nicht verkennen will, daß aus formal-statistischen Gründen ein Abtrennungsmerkmal für die Begriffe Stadt- und Landbevölkerung gefunden werden muß, so kann man sich doch nicht damit einverstanden erklären, daß diese Grenze bei 2 000 Einwohnern gezogen wird. Bei vielen Gemeinden sind eine Anzahl von Dörfern in einer einzigen politischen Gemeinde verwaltungsrechtlich zusammengefaßt, so daß sie trotz ihres durchaus ländlichen Charakters der städtischen Bevölkerung zugerechnet werden. Gerade die kleinen typischen Landstädte von 2 000 und mehr Einwohnern gehören zur Landbevölkerung.

Diese Zahlen des Statistischen Reichsamtes werden der Bedeutung von Stadt und Land keineswegs gerecht. Ein einwandfreier Nachweis über die Verteilung der Stadt- und Landbevölkerung kann nur erbracht werden, aus den demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung. Zur Durchführung von Vergleichen ist das vorliegende Material nur mit größter Vorsicht verwendbar.



Kantons Sieg am Yangtse.

Englands Niederlage in Hankau liegt offen zutage. Seine Truppen haben abziehen und den Schutz des englischen Viertels den Kantontruppen überlassen müssen. Es fand eine Riesenversammlung von Bauern, Arbeitern und Studenten statt, in der ein Ultimatum mit äußerst scharfen Forderungen an den britischen Generalkonsul formuliert wurde.

Unsere Aufnahme zeigt den regen Schiffsverkehr auf dem Yangtse-Strom bei Hankau.

Aus aller Welt.

Danzigs russische Wirtschaftsverhandlungen.

tu **Riga**, 7. Jan. (Tel.) Wie aus Leningrad gemeldet wird, begrüßt die russische Öffentlichkeit das Eintreffen der Danziger Wirtschaftsdelegation mit lebhaftem Interesse. Man spricht davon, daß die Delegation mit der Sowjetregierung einen Handels- und Seeschiffahrtsvertrag abschließen wolle. Die Delegation, die aus 15 bekannten Wirtschaftsführern und Politikern besteht, wird sich zwei Wochen in Rußland aufhalten.

Der Prozeß Zorn von Bulach in der Berufungsinstanz.

w **Paris**, 7. Jan. Das Revisionsgericht in Colmar verhandelte heute über die Berufung des Barons Zorn von Bulach gegen seine Verurteilung durch das Straßburger Gericht zu 3 Monaten Gefängnis mit Strafaufschub. Diese Verurteilung war erfolgt, weil Zorn von Bulach im Verlaufe einer Gerichtsverhandlung erklärt hatte, er erkenne das französische Gericht im Elsaß ebensowenig an, wie z. B. ein chinesisches. Wie der „Temps" mitteilt, ist die Berufungsverhandlung bereits abgeschlossen, das Urteil aber bis jetzt noch nicht gefällt worden. Nach weiteren Mitteilungen des Temps aus Colmar hat Baron Zorn von Bulach dieser Tage ein Manifest verbreiten lassen, indem er u. a. erklärt: Ich bin bereit, für das Elsaß zu sterben. Entweder erkennt Frankreich, gemäß dem Versailler Vertrag, dem Elsaß das Selbstbestimmungsrecht zu, dann werde ich freigesprochen, oder Macht geht vor Recht, dann möge man mich verurteilen und als Verräter erschießen lassen. So lange eine Volksabstimmung nicht stattgefunden hat, hat ein französisches Gericht im Elsaß ebensowenig Recht, wie ein japanisches. Schließlich fordert Zorn von Bulach zum Steuerstreik auf.

Kommunistenverhaftungen in Kowno.

b **Berlin**, 7. Jan. (Tel.) Auf Anordnung des neuen Direktors der litauischen politischen Polizei wurde, nach einem Bericht der Vossischen Zeitung aus Kowno, die aus 6 Abgeordneten bestehende kommunistische Stadtverordnetenfraktion von Kowno verhaftet, weil die kommunistische Fraktion gegen die Erschießung der 4 Kommunisten in der jüngsten Stadtverordnetensitzung Protest erhoben hatte.

Ein Geistlicher bei Ausübung seines Amtes festgenommen.

w **Memel**, 7. Jan. Der Pastor der deutsch-lutherischen Gemeinde in Krottingen in Litauen, Weihrauch, der Anfang Dezember zum Pastor der Gemeinde gewählt worden war, dem aber seither große Hindernisse bei der Ausübung seines Amtes bereitet wurden, ist, wie zuverlässig verlautet, heute in der Nähe von Polangen, bei der Wahrnehmung eines Begräbnisses, von der Polizei festgenommen und in einem Auto fortgeführt worden. — Zu der Verhaftung meldet die „Deutsche Tageszeitung" aus Memel: Diese Maßnahme wirkt um so befremdender, als Ministerpräsident Woldemaras vor einigen Tagen dem deutschen Sejm-Abgeordneten Kinder gegenüber erklärt hat, daß Pastor Weihrauch in der Pastorat wohnen dürfe und die Schwierigkeiten, die ihm bei der Ausübung seines Amtes von der Polizei bereitet würden, aufgehoben würden. Es verlautet weiter, daß Pastor Weihrauch in einigen Tagen, nach dem für die Kommunisten eingerichteten Konzentrationslager in Worny gebracht werden soll.

Mussolinis Sorgen.

Über die Vorgänge in Italien, welche das neue Rundschreiben Mussolinis an alle italienischen Präfekten vom 5. Januar veranlaßt haben, erfährt man infolge der starken Pressezensur nur sehr wenig. Reisende, die von Italien zurückkommen, berichten von mancherlei Überfällen, von Brandstiftungen und Gewalttätigkeiten, die sich die faszistischen Freischärler, Zusammenrottungen von faszistischen Banden, ohne Unterlaß zu Schulden kommen lassen. Auch die Erklärung, welche der Papst unlängst bei Gelegenheit einer Kardinalsweihe abgegeben hat, ging auf solche Übergriffe faszistischer Banden ein, soweit davon die Gebäude und Einrichtungen der Kirche betroffen waren. Auch die italienischen Flüchtlinge beklagten sich heftig über das ausgedehnte Spitzel- und Bandenwesen in Italien. Aber alle diese Hinweise sind immer nur allgemeiner Natur gewesen. Man konnte ihre Bedeutung nicht abmessen, zumal immer wieder betont wurde, daß es Mussolini gelungen sei, die Ordnung im Lande wieder herzustellen.

Nun aber gibt das Rundschreiben Mussolinis selbst zu, daß das faszistische Freischärlertum eine Landplage geworden ist und seine Bitten an die Präfekten des Landes klingen wie eine sehr bewegliche Klage. Besonders interessant ist auch der Hinweis auf die Beziehungen zwischen den Völkern, von denen er sagt, daß viele zu delikater Natur seien, als daß sie durch die Kundgebungen verantwortungsloser Provokateure gefährdet werden dürften. Schon früher hatte Mussolini Kundgebungen erlassen, wonach er die Zeit der Revolution als abgeschlossen erklärte und den Befehl gab, daß die Faszisten auf Gewaltanwendungen verzichten und zu Ordnung und Gesetz zurückkehren sollten. Diese Mahnungen haben trotz der hohen Autorität, die der vielgefeierte Diktator genießt, also bisher nichts genutzt, sodaß man im Zweifel sein kann, ob das neue Rundschreiben einen besseren Erfolg haben wird. Der Hinweis auf die Außenpolitik läßt jedenfalls erkennen, daß es nicht ganz ohne Druck der fremden politischen Missionen zustandegekommen ist. Ein Umstand, der auf die Autorität Mussolinis einen gewissen Schatten zu werfen geeignet ist.

Mussolini erfährt jetzt die Erfahrung, die schon mancher Hexenmeister machen mußte, nämlich, daß man oft Geister nicht los wird, die man gerufen hat. Es ist jedoch erfreulich, daß er es wagt, sie zur Ordnung zu rufen und sich nicht von ihnen zu Experimenten außenpolitischer Art verleiten zu lassen, welche Europa gegen Italien zu sammeln geeignet wären. Immerhin könnte er sich die Situation erheblich erleichtern, wenn er die Pressefreiheit in Italien wiederherstellen und somit eine öffentliche Kontrolle über das Verhalten der faszistischen Freischärler, die sich wahrscheinlich nicht aus den besten Volksgruppen zusammensetzen, herbeiführte. Dem ganzen Unwesen könnte leicht gesteuert werden, wenn sich gegen die Faszisten eine öffentliche Meinung bilden dürfte, die den Faszismus, im Sinne Mussolinis gesprochen, mißbrauchen. Aber woran will heute das italienische Volk den Faszisten, der mit Recht gewalttätig ist unterscheiden von dem, der mit Unrecht Gewalt anwendet. Es gibt eben keinen Maßstab.

Der Sohn Nittis verhaftet.

tu **Mailand**, 7. Jan. (Tel.) Gestern wurde in Rom der Sohn des ehemaligen Ministers Nitti, Marquis Nitti de Marco, verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert, weil er in einem öffentlichen Lokal beleidigende Aeußerungen über Mussolini getan haben soll.

Die Wenden in der Lausitz

Eine neuwendische „Bewegung" politischen Charakters hat es verstanden, in letzter Zeit von sich reden zu machen. In Paris, in London und auch in Amerika sollen sich „Freundschaftsligen der Lausitzer Serben" gebildet haben. In Prag und Belgrad sorgten slawische Freunde dafür, daß einzelnen ehrgeizigen Personen, die sich als Abgesandte aus der Lausitz ausgeben, die aber kein Mandat und keinerlei Volksbewegung hinter sich haben, lärmende Empfänge bereitet wurden.

Zur rechten Zeit wurden jetzt die Ergebnisse der Sprachenerhebung für die Minderheiten bekannt, die mit der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925 verbunden war. Für die polnisch und dänisch sprechende Minderheit sind Teilergebnisse bereits durch die amtliche Statistische Korrespondenz veröffentlicht worden. Anschließend Angaben über die Verbreitung der wendischen Sprache enthält das neueste Heft der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts. Danach hatten im preußischen Teil der Lausitz im Jahre 1910 (letzte Zählung vor dem Kriege) 60 053 Personen wendisch als Muttersprache angegeben, im Jahre 1925 33 820, also fast nur noch die Hälfte. Einschließlich der Doppelsprachigen (wendisch und deutsch Sprechenden) wurden in Preußen 1910 62 334 und im Jahre 1925 42 704 Wenden ermittelt.

Im Freistaat Sachsen (sächsische Lausitz) wurden 1925 nur noch 28 225 Wenden gezählt, gegen 43 358 im Jahre 1910. Auch in diesen Zahlen sind die Doppelsprachigen mit enthalten. Von den einsprachigen Wenden verstanden überdies noch der letzten Zählung in Preußen 92 vom Hundert, in Sachsen sogar 93 vom Hundert deutsch. Auf Grund der Zusatzfrage: „Wenn Muttersprache nicht deutsch, versteht die betreffende Person deutsch?" wurden unter den oben genannten 33 820 einsprachigen preußischen Wenden 31 173 (also 92 v. H.) ermittelt, die neben ihrer Muttersprache deutsch verstanden.

Nur noch drei preußische Kreise haben eine wendische Bevölkerung von einiger Bedeutung. In diesen Kreisen hatten wendisch als Muttersprache angegeben: Cottbus Land 1910 29 554, 1925 16 416, Hoyerswerda 1910 15 110, 1925 10 894, Rothenburg O.-L. 1910 11 232, 1925 5799. In keinem der übrigen früher wendischen Kreise (Calau, Lübben, Luckau, Spremberg) geht heute der Anteil der wendischen Sprache über 400 Personen hinaus.

Die textliche Bearbeitung der Sprachenstatistik durch Dr. Keller führt den neuerlichen starken Rückgang der wendischen Sprache hauptsächlich auf das große Erlebnis des Weltkrieges zurück, das die Erkenntnis der deutschen Schicksalsgemeinschaft bei dem deutschgesinnten Wendentum gestärkt hat. Die wendische Heimatbewegung, soweit sie auf Hebung der Schätze wendischer Volksdichtung, auf Erhaltung der Sitten, Trachten usw. ausgeht, findet gerade von deutscher Seite die verständnisvollste Förderung.

Deutscher Protest in Belgrad.

b **Belgrad**, 6. Jan. Der deutsche Gesandte Olshausen sprach gestern im Belgrader Außenamt vor, um darauf hinzuweisen, daß die Propaganda, die dieser Tage in Belgrad mit den Lausitzwenden betrieben werde, inopportun sei.

Aus der deutschen Lausitz waren dieser Tage hier einige Lausitzwenden eingetroffen, die eine Hetze gegen Deutschland betrieben. Diesen Lausitzwenden war in der Universität ein großer Festakt bereitet worden. Universitätsprofessor Noak hatte in seinem Schlußwort gesagt, die Befreiung der Lausitzwenden wäre näher, als Deutschland vielleicht hoffte. Eine Lausitzerin namens Helene Smoller hatte ein Gedicht aufgesagt, worin die Deutschen als „höllische Feinde" bezeichnet werden und Hilfe gegen sie von den südslawischen Brüdern erbeten wird. Ein sehr zahlreiches Publikum manifestierte zugunsten der Wenden, die vom Präsidenten der Skupschtina empfangen wurden und einen Kranz am Grabe des unbekannten Soldaten niederlegten. Das Regierungsblatt Samou Prawa trat in einem scharfen Artikel für die angeblich durch Deutschland gekränkten Wenden ein. Es ist anzunehmen, daß die Hetze gegen Deutschland durch polnische und tschechische Agenten organisiert wird.

Industriesonntag.

Von Hans Leifheim.

Zechen, Hochöfen und Hütten im lodernden Feuerschein,
Donnern sechs Tage Gewitter in den grauen Himmel hinein,
Flammen wie Gottes Zorn in Nächten gelblich und fahl,
Flammen sechs Nächte in fressendem, zuckenden Strahl.

Rauch wölkt wie sturmzerfleischte Seevögel über dem Land,
Schlacken liegen verglimmend wie Wracke am dampfenden Strand.
Sturm heult in tausend Sirenen, schwarz wogt der Dünste Schwall,
Wellen von Menschen branden am steinernen Wall.

Arbeit rast riesengroß, verzerrt sich furiengleich,
Nieder auf hagere Leiber saust züngelnder Geißelstreich.
Stechend und zuckend stieben die Flammen bläulich und grün,
Wie einer lodernden Hölle giftiges Sprühn.

Sonntag dämmert ganz still, Gewitterbrunst ist verloht.
Tausend Wünsche segeln hinaus in blinkendem Boot.
Weithin über das arme feuerzerfressene Land
Hält die Sehnsucht den blauen Himmel gespannt.

Christian Rauch und Elisabeth Ney.

Des 150. Geburtstages des großen Meisters der Bildhauerkunst Christian Rauch, des Schöpfers des Denkmals Friedrichs des Großen und anderer berühmter Bildwerke, ist am 2. Januar in der deutschen Presse ehrend gedacht worden. Für Münster dürfte hinreichender Anlaß vorliegen, sich jetzt auch der bedeutenden münsterischen Bildhauerin Elisabeth Ney zu erinnern, die als Lieblingsschülerin und Arbeitsgenossin die letzten Lebenstage des Künstlers verschönt hat.

Die am 26. Januar 1833 in der Martinipfarre zu Münster geborene Tochter Elisabeth des Bildhauers Joan Adam Ney hatte die bayrische Hauptstadt im Jahre 1854 nach zweijährigen Kunststudien nicht verlassen, weil ein anderer Erdenfleck ihr möglicherweise mehr Lebensfreude gewähren konnte, sondern weil die grausame Stimme des Ehrgeizes sie weitertrieb. Ihr erster Lebenstraum war ihr höchster Wunsch. Sie wollte den großen Meister der Bildhauerkunst Christian Rauch kennen lernen und für sich das beneidenswerte Vorrecht als sein Schützling erwerben. Eile tat not, denn des Meisters lange Künstlerlaufbahn näherte sich ihrem Ende. Es konnte nichts helfen, daß alle ihre Freunde sie von dem unmöglichen Plan abrieten. Allgemein war es bekannt, daß dem Bildhauer die Lehrtätigkeit verhaßt war und daß er nur selten zur Annahme eines Schülers überredet werden konnte. Aber das Unmögliche zu erreichen versuchen, war zeitlebens Elisabeths liebste Beschäftigung. Daher betrat die ehrgeizige Münsteranerin im Alter von 21 Jahren die Stadt ihrer Wahl, die preußische Hauptstadt.

Der Eintritt in die von revolutionären Ideen erfüllte Berliner Welt von 1854 war gleichsam ein Sturmangriff auf eine Festung. Zumal für eine Frau war es beschämend, in die Männerwelt einzudringen. Es ist kaum zu sagen, welchen Verlauf das Schicksal dieses außergewöhnlichen Mädchens genommen hätte, wenn sie nicht so Vertrauen erweckend und von solch bezaubernder Schönheit gewesen wäre.

All ihr Bestreben richtete Elisabeth Ney zuerst darauf, die Gunst des Ehrfurcht gebietenden Königs der deutschen Kunstwelt, des Bildhauers Rauch, zu gewinnen. Obgleich überrascht, verschwendete er keine Zeit mit der Erörterung ihres Anliegens. Er wählte einen kürzeren Weg zu ihrer Bescheidung. „Reichen Sie mir eine ihrer Arbeiten zur Prüfung ein, damit ich sehen kann, was Sie leisten." Damit entließ er sie. Sehr bald reichte sie eine Skizze ein und wurde sogleich aufgenommen. Rauch hatte die Begabung seiner jungen Schülerin bald erkannt. Er räumte ihr neben seinem eigenen Atelier ein eigenes Studio ein. Auch erwirkte er ihr ein zweijähriges Stipendium und die ersten Aufträge. Für Elisabeth war es eine wundervolle Verwirklichung ihrer ehrgeizigen Pläne. Der große Meister der Bildhauerkunst hatte sie unter seinen Schutz genommen. Er verfolgte ihre Arbeiten mit dem größten Interesse und übte einen nachhaltigen Einfluß auf ihre künstlerische Entwicklung aus.

Behufs Erweiterung ihrer Kenntnisse empfahl Rauch der Ney, sich in die Berliner Akademie der Künste aufnehmen zu lassen. Dies gelang ihr allerdings erst nach Schwierigkeiten.

Im Studio ihres Lehrers in der Kunstakademie fand Elisabeth schon eine andere Studentin, die später Kaiserin Friedrich wurde, die Mutter Wilhelms II. Die kalte Hoheit behandelte ihre studentische Schwester aber mit so großer Gleichgültigkeit, als wenn sie ein Möbelstück gewesen wäre. Es war eine bittere Pille für den Stolz und den Ehrgeiz der jungen Künstlerin. Aber bei dieser demütigen Erfahrung hatte sie immerhin die Genugtuung, daß ihr Herzenswunsch „die Größen der Welt kennen zu lernen" seiner Erfüllung näher kam.

Nach dem Tode Christian Rauch's im Jahre 1857 übernahm seine Lieblingsschülerin Elisabeth Ney viele der ihm zugedachten Aufträge. So fertigte sie unter sich stets steigender Anerkennung die Büsten ihrer berühmten Zeitgenossen: Alexander von Humboldt, Jakob Grimm, Josef und Amalie Joachim, Varnhagen von Ense, Cosima Wagner, Mitscherlich und Christian Rauch.

Die Künstlerin überlebte ihren großen Meister noch um ein halbes Jahrhundert. Als sie 1907 in Austin, der Hauptstadt von Texas, verstarb, war ihr Herzenswunsch restlos in Erfüllung gegangen: sie hatte die Größen der Welt kennen gelernt und fast alle in Marmor verewigt: den König Georg V. von Hannover, Gottfried Keller, Friedrich Kaulbach, Garibaldi, die Königin Viktoria von England, den Fürsten Bismarck, Napoleon III., den König Ludwig II. von Bayern und die großen Männer ihrer zweiten Heimat, des nordamerikanischen Staates Texas.

Eugen Müller.

Die Uhr

Ein Märchen für kleine und große Kinder.

Von G. W. Rapp.

Es war einmal eine Uhr. Darin waren große und kleine Räder. Gezähnte und glatte. Grobe und feine. Und Pendel und Kettchen, Schrauben und Schräubchen. Was halt so in einer Uhr drinnen ist.

Eines Tages sprach das größte Rad zu den anderen: „Was seid ihr gegen mich! Ich bin der größte unter euch. Bedenket, daß ihr Zwerge seid!"

Da aber hub der großen Gewichte eines an und spottete: „Was der sich einbildet! Als ob der Umfang unseren Wert bestimmt! Nein, das Gewicht macht's! Sehet mich an: Ich wiege schwerer, als ihr alle miteinander!"

Spitz stichelte da der große Zeiger: „Sehet mich an! Was seid ihr alle gegen mich! Aus ganz gewöhnlichem Metall seid ihr — aus Messing! Wie kann man nur aus Messing sein! Wie die Kochtöpfe und Türgriffe! Ich aber, seht, ich bin aus Bronze; wie die Denkmäler, die Werke von Künstlers Hand. Ohne mich wärt ihr nur der Hintertreppe wert."

Wie lachte da die Feder schnippisch: „Du Frat! Wer würde nach dir überhaupt gucken, wenn ich dich nicht führte! Dich und auch alle. Ohne meine Kraft wärt ihr alle tot. Raustet, wißt ihr's? Nicht die Größe, nicht die Schwere, nicht das Bronzegewand macht's, sondern die innere Kraft."

Aber nicht allein knarrte da beleidigt eines der großen Zahnräder. Was ist die Kraft, wenn sie hemmungslos vergeudet wird? Und meine Zähne sind's, die das verhüten. Ich bin euer aller Meister! Ich allein! Merkt's euch!

Aber sie merkten sich's nicht. Immer mehr Räder, Zahnräder, Schrauben, Ketten und andere Teile mischten sich in den Streit und jeder nahm den Ruhm desjenigen in Anspruch, dem die anderen Leben, Glück und Wohlfahrt danken.

Nur ein paar winzige Schräubchen wagten das nicht. Sie stritten daher nicht und sahen nur zu. Dabei mußten sie sich vorbeugen, um alles zu sehen und zu hören. Da fiel auf einmal das kleine von den winzigen aus seinem Sitz.

Und da stand die Uhr still.

[Beobachtung.] Ein Besucher überfällt mich, entschuldigt sich, daß er mich störe, — was ich nicht in Abrede stelle — bleibt aber dessenungeachtet solange, bis er mit Recht bedauern kann, einfältig unverantwortlich. R. v. Schnitzel.

[Schweden-Deutsch.] In einer norddeutschen Universitätsstadt führt ein Student bei einem akademischen Sportfest eine schwedische Studentin zu Tisch. Die Unterhaltung entwickelte sich mühsam, erreicht aber beim Kaffee, wie in „Reclams Universum" erzählt wird, folgenden Höhepunkt: „Bitte, darf ich einschlagen Ihren Kopp?" fragt plötzlich die Schwedin den Nachbar mit ihrem liebenswürdigsten Lächeln. („Einschlagen" und „eingießen" ist im Schwedischen dasselbe Wort; das schwedische Wort „Kopp" bedeutet Tasse.) Die erschreckte Miene des Deutschen sagt der jungen Dame genug. Sie verbessert sich errötend und flüstert: „Oh bitte, verlassen Sie mir." (Das schwedische Wort „förlata" bedeutet „verzeihen"). Die Verdeutschung dieses „Schweden-Deutsch" rief natürlich großes Gelächter hervor.

Kirchliche Rundschau.

Nur Mexikanisches, allzu Mexikanisches. — Etwas Arbeiterfürsorge. — Das Ackerbau-Ministerium. — Sie inventarisieren. — Ruhe im Lande. — Der unangenehme General.

Sensationell wirken die Enthüllungen, die El Debate über die Düpierung der Weltmeinung durch die geschäftstüchtige mexikanische Regierung bringt.

Als am 31. Juli die Bischöfe den Gottesdienst suspendierten, folgte prompt am 1 August ein kommunistischer Protestzug durch die Stadt Mexiko, der über alle Drähte in die Welt gekabelt wurde. Nach der Demonstration veröffentlichte El Sol, das Organ der kommunistischen Gewerkschaften (Confederacion Regional Obrera Mexicano), das Salvador Alvarez, Generalsekretär für Organisation und Propaganda der Arbeitersyndikate, durch Rundschreiben alle untergeordneten Stellen aufgefordert habe „eine gebührende Züchtigung allen jenen Mitgliedern zuzuerkennen, welche ungehorsam gegen erlassene Anweisung, an der Kundgebung des vergangenen Sonntags nicht teilnahmen.

Mindestmaß der Strafe: Ausschluß von den Rechten und für etliche auch die Entlassung."

So bringt man „die Volksseele zum Kochen".

Wie derlei religionsfeindliche Betätigung dem armen Arbeiter zur Besserung seines Loses helfen soll, bleibt einstweilen dunkel.

Skandalöser noch ist der Erlaß des Ackerbau-Ministeriums. Er lautet: Nationale Ackerbau-Kommission. — Abteilung für Ackerbau-Kredite. Vereinigte Staaten von Mexiko. —

Rundschreiben an alle Weideberechtigten des Bundesgebietes.

Auf höheren Befehl wird Ihnen zur Kenntnis gebracht, daß alle Weideberechtigten, einschließlich der einzelnen Verwaltungsausschüsse von Weideländereien des Bundesdistriktes, die nicht am kommenden Sonntag, den 10. August, um 8 Uhr in der St. Marienstraße (La Primera Calle de Santa Maria La Redonda) sind, als reaktionäre Elemente betrachtet werden, die Feinde der Revolution und der gegenwärtigen, von General Plutarco Elias Calles geleiteten Regierung sind und jegliches Recht auf Weidegemeinschaft verlieren.

Es werden Listen der anwesend gewesenen Weidehalter aufgestellt, damit diese in Zukunft die einzigen Nutznießer der Weidegebiete seien.

Es ist für Züge und Lastkraftwagen gesorgt, die Weideberechtigten bis zur Stadt Mexiko zu bringen.

In vorzüglicher Hochachtung usw. Mexiko, d. 30. Juli 1926 — der Leiter des Departement für ländliche Kredite, Victor Diaz de Leon.

So wird „Volksstimmung" gemacht! Das ist die „freie" Meinungsäußerung „überzeugter" Anhänger. Und die Presseagenturen, brave deutsche Landsleute nicht ausgenommen, gaben es treu und gläubig weiter an die horchende Welt. Wie mögen die Drahtzieher der ganzen Komödie wohl über uns gelacht haben!

Wie sie zu frisieren verstehen, dafür noch ein Beispiel.

El Dia Espanol (Mexiko — katholische Zeitungen gibt es dort nicht mehr) schrieb am 2. Dezember mit frommem Augenaufschlag: „Heute morgen um acht wurde die Hauptkirche der Republik neu eröffnet, damit die Gläubigen ihre frommen Übungen wieder aufnehmen können. Eine große Menge erwartete in der Vorhalle die Wiedereröffnung, und kaum geschehen, verteilte sie sich auf die weiten Kirchenschiffe.

Die Schließung war erfolgt, weil die Behörden eine genaue Bestandsaufnahme aller zum Gottesdienst dienenden Gegenstände verfügt hatten. Und wenn man auch glaubt, den Wert des ganzen bestimmt zu haben, so ist die Einschätzung doch nur eine annähernde, weil der Dom Altäre hat, die allein eine Million Pesos wert sind.

Man fand kostbare Juwelen, und es werden nur jene an Ort und Stelle verbleiben, die man als unentbehrlich für den Gottesdienst betrachtet. Viele werden weggenommen, um sie im Nationalmuseum aufzuheben.

Der Domschatz bleibt geschlossen. Auf viele Millionen Pesos schätzt man den Wert der Juwelen (Kult), Gegenstände und anderer Besitztümer des Gotteshauses."

Zu dieser pikanten Meldung ein paar indiskrete Fragen:

Woher das Recht der „Regierung", zu entscheiden, was zum Kult gehört und was nicht? Woher das Recht, sich über den Willen der Stifter dieser Schätze hinwegzusetzen? Hat ein Staatswesen denn auch nicht Pietätspflicht? Warum redet man überhaupt über den hohen (?) „Wert" der Kultgegenstände. Soll dadurch vielleicht der Fragepunkt vom Boden des Rechtes auf den der Nützlichkeit verschoben werden? Den „Regierenden" in Mexiko kann das doch nicht gleichgültig bleiben; denn Rechtlichkeit ist doch die Atemluft des Staates! Seltsam genug, daß bei der „Inventarisierung" nicht das Domkapitel hinzugezogen wurde: es wäre ein so einfaches Mittel gewesen, die „eifrige" Regierung vor dem peinlichen Verdacht der Veruntreuung zu schützen!

Messagero läßt sich unter dem 30. melden, daß im Staate Chihuahua zwei amerikanische Bergwerksingenieure Wiley und Connor zwecks Erpressung von Lösegeld von Banden verschleppt wurden. Freilich! Hat doch die mexikanische Polizei genügend damit zu tun, daß sie Kirchen schließt, Priester und junge Mädchen einsperrt und auf wehrlose Beter schießt. So etwas nimmt natürlich das ganze Verantwortungsbewußtsein in Anspruch.

Associated Preß meldet, daß der gegen die Yaquis-Indianer kämpfende General Eduardo Garcia seines Amtes enthoben und nach Mexiko zitiert wurde. Grund: Er hat in der Stadt Hermosilla einen Priester zu seiner sterbenden Mutter gerufen, und dieser hat ihr vor dem Tode die Sakramente gespendet.

Das mußte allerdings die Republik in ihren Grundfesten erschüttern!

Dr. Funke.

Aus der Stadt.

Münster, 9. Januar.

Die nächste Monats-Rekollektio ist Dienstag, den 11. Januar, ½4 Uhr im Priesterseminar. Im Anschluß hieran Pastoral-Konferenz im Gesellenhause.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch, den 12. Januar 1927, abends 7 Uhr kommen folgende Gegenstände zur Verhandlung. 1. Wahl des Vorstehers und dessen Stellvertreters. 2. Wahl des Protokollführers und dessen Stellvertreters

Die Wahl des zweiten Bürgermeisters wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Freitag, den 14. Jan. abends 7 Uhr erfolgen.

Der Männergesangverein „Sängerlust", gegr. 1889, welcher in den letzten Jahren eine starke Entwickelung zu verzeichnen hatte und zurzeit 132 Sänger zählt, hat am Freitag, den 7. Januar 1927 eine Änderung seines bisherigen Namens beschlossen. Der Verein, welcher unter der bewährten Leitung des Herrn Grein steht, trägt ab heute den Namen „Münsterischer Männer-Gesang-Verein, gegr. 1889". Gleichzeitig ist die Eintragung in das Vereinsregister beschlossen.

Das hiesige Zivilanwärter-Kriskartell beging am 5. d. Mts in den festlich geschmückten Gesellschaftsräumen der Halle Münsterland sein diesjähriges Winterfest. Recht zahlreich waren die Mitglieder mit ihren Angehörigen erschienen. In bunter Reihenfolge wechselten Musikvorträge, Gesangsdarbietungen, ernste und heitere Vorträge miteinander ab. Besondere Erwähnung verdienen die Darbietungen von Fräulein Martha Meyer-Münster und des Kammermusikers Hans Gropp-Münster. Ein Ball hielt die Teilnehmer bis zum späten Schluß in fröhlichster Stimmung zusammen.

Weihnachtsfeiern.

Der Deutsche Werkmeisterbund veranstaltete am Neujahrstage nachmittags im Restaurant „Neuer Krug" seine sehr gut besuchte Weihnachtsfeier. Durch einen von Frl. Maria Pelster wirkungsvoll vorgetragenen Prolog wurde die Feier eingeleitet, in deren weiterem Verlauf Musikstücke, sowie Gesangvorträge der Mitglieder und der Gesangabteilung des Deutschen Werkmeisterbundes unter der Leitung ihres tüchtigen Dirigenten, Herrn Heitmann, abwechselten. Daß die Mitglieder des Bundes im Bühnenspiel ebenfalls Schönes leisten, zeigten die Stücke „Weihnachtspost" und der Lustspiel-Einakter „Weihnachten in der Schneiderbude". Den Schluß der Darbietungen bildete das lebende Bild „Jahreswende". Anschließend hieran hielt der Geschäftsführer des D. W. B Bezirk Münsterland, Abendroth, eine Ansprache. Nachdem mehrere Vertreter unserer „Kleinen" durch hübsche Weihnachtsgedichte dem lieben Christkindlein ihren Tribut dargebracht hatten, fand durch St. Nikolaus und Knecht Ruprecht, die im Schlitten angefahren kamen, die Bescherung der Weihnachtsgaben statt. Eine Verlosung brachte noch manchen schönen Gewinn.

Die Weihnachtsfeier des Vereins ehem. 4. Kürassiere fand am 2. Januar im kleinen Schützenhofsaale unter großer Beteiligung der Mitglieder und deren Angehörigen statt. Vorträge und gemeinschaftliche Lieder wechselten ab; ein Theaterstück „Weihnachten im Schusterkeller" und lebende Bilder fanden großen Beifall. St. Nikolaus erschien auf einem lebendigen Schimmel im Saal und hielt eine Ansprache an die Anwesenden. Kinder trugen ihm unerschrocken ihre Gedichte vor. Darauf fand die Kinderbescherung statt. Am 4. d. M. hielt der Verein seine diesjährige Generalversammlung ab; der Vorstand wurde bis auf den 1. und 2. Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Auf die Mitglieder Tüll und Ehring fiel die Wahl. Die Sterbegeldbeihilfe wurde auf 100 Mk. erhöht. Nach Vornahme einiger sonstiger Wahlen wurde die Kommission für das am 5. Februar im Zoo stattfindende Wintervergnügen gewählt; das in diesem Jahre einen besonders feierlichen Charakter haben wird.

Weihnachtsfestspiel des Kirchenchores St. Mauritz.

Es sind immer schöne und gern besuchte Veranstaltungen, wenn sich die Mauritzianer zur Weihnachtszeit zusammenfinden, um mit jung und alt das Fest der Liebe zu begehen. Familienfeste sind's im wahren Sinne des Wortes. Diesmal freilich war man überrascht, als man erfuhr, daß der Kirchenchor, der sich unter seinem Präses Kaplan Erdland und seinem Dirigenten Lehrer Leifheim zu schöner Blüte weiter entwickelt, mit einem Weihnachtsfestspiel aufwarten wollte, das weit über den Rahmen des bisher Gebotenen hinausging. Kaum war das Vorhaben bekannt geworden, da bedurfte es nur einer Anregung, um von den verschiedensten Seiten freudige Mithilfe zugesichert zu erhalten. Die Konrektorin Fräulein Freitag war es wie schon so oft wieder einmal, die mit Unterstützung ihrer Kolleginnen sich der kleinen Mädchen und Jungen annahm, um sie als „Theaterkünstler" auszubilden, während Lehrer Quante sich der sicher nicht leichten Aufgabe unterzog, den Knabenchor zu eigenen Gesangsvorträgen zu schulen. Beiden — das sei vorab gesagt — ist die dankbare Genugtuung geworden, ihre Mühe und Arbeit von Erfolg gekrönt zu sehen. Eine weitere hervorragende Unterstützung aber fand der Abend dadurch, daß sich ein wohlgeschulter Damenchor in den Dienst der guten Sache stellte, um die Feier zur höchsten Vollendung zu bringen. So waren denn alle Voraussetzungen gegeben um am Dreikönigstage mit dem Werk vor die Öffentlichkeit zu treten.

Schon lange vor Beginn der Feier war der Saal des Gertrudenhofes überfüllt, so daß viele Interessenten keinen Einlaß mehr finden konnten. Nach kurzen einleitenden Worten des Kaplans Erdland und einem Vorspruch eröffnete der Kirchenchor mit dem Vortrag des Liedes „Im Himmel ertönet ein Jubilgesang" den Abend. Dann folgte das Weihnachtsspiel von Erica Ebert „Fünf Englein kommen gesungen". Die Pausen zwischen den Aufzügen wurden durch stimmungsvolle Männer- und Knabenchöre ausgefüllt. Das Spiel selbst war für alle eine Weihestunde. Der tiefe Sinn des Stückes wurde dank der guten Einübung voll und ganz erfaßt und zur Darstellung gebracht. Die Wirkung wurde erhöht durch den Farbenwechsel und die verschiedenen Lichtreflexe der neuerrichteten Bühne, die durch ihre Erweiterung für derartige Aufführungen besonders geeignet ist. Das Schlußbild mit den anbetenden Engeln und Kindern war von überragender Wirkung und hinterließ tiefen, nachhaltigen Eindruck. Der erste Teil des Abends hatte damit einen schönen Abschluß gefunden.

Im zweiten Teil kam der Damenchor zur besonderen Geltung durch die Weihnachtsfeier in Liedern mit verbindender Dichtung. Die sechs Weihnachtslieder von Peter Cornelius brachte der dreistimmige Chor unter Lehrer Leifhelms Leitung in vollendeter Weise zum Vortrag. Das Stimmmaterial war gut ausgeglichen und in allen Lagen sicher. Fräulein Trude Epping mit ihrem gefälligen, schmeichelsamen Sopran bemächtigte ihre Aufgabe als Solistin mit Leichtigkeit, ebenso Fräul Klaas, die durch ihre klare Aussprache den verbindenden Text in leichtverständlicher Art vermittelte. Herr Hermann Rolf begleitete die Gesänge am Klavier in dezenter Weise. Mit dem gewaltigen „Ehre sei Gott" von Bach, bei dem der Kirchenchor die Sängerinnen unterstützte, wurde der Festabend geschlossen. Der rauschende Beifall bewies, daß er allen herzliche Freude und wirklichen Genuß gebracht hat. —

Sollte es nicht möglich sein, noch einmal die Kräfte zusammenzuführen zu einer Wiederholung für alle diejenigen, die an dem Abend keinen Zutritt mehr finden konnten oder am Erscheinen verhindert waren?

Fr.

Aus den Provinzen.

w **Burgsteinfurt**, 5. Jan. (28 000 Mark unterschlagen.) In den Jahren 1924/26 hat der 21jährige Sparkassenangestellte Bernh. W. den Betrag von 28 000 Mark bei der städtischen Sparkasse unterschlagen. In der Inflationszeit hatte W. mit Devisen und Effekten gehandelt und spekuliert. Auch nach der Markstabilisierung wollte W. weiter spekulieren. Er hatte eine Reihe Effekten aufgekauft, die nun aber nicht wie er gerechnet hatte, stiegen, sondern fielen. Um das Geld zu beschaffen, mußte er Gelder unterschlagen. Zunächst hatte er sich ein fingiertes Konto bei seiner Sparkasse angelegt, das bis auf 2300 Mark anschwoll. Damit war das Schicksal W.s besiegelt. In der Folgezeit lieferte er mehrfach einkassierte Beträge nicht ab. Dabei kam ihm zustatten, daß er als Aushilfskassierer Dienst tun mußte. Die einzahlenden Kunden bediente er allein, im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der meisten anderen Sparkassen, wo zwei Leute zur Empfangnahme des Geldes bestimmt sind. W. quittierte den Kunden das Geld in den Sparkassenbüchern, eine Eintragung in seine Kassenkladde nahm er nicht vor. Zu den eingezahlten Beträgen wurde ein Zettel gelegt. Da W. auch diesen Zettel mit verschwinden ließ, wurden bei den abendlichen Kontrollen die Verfehlungen nicht aufgedeckt. Die unterschlagenen Beträge notierte W. genau. Bei den monatlichen Kontrollen nahm W. Manipulationen an der Rechenmaschine vor. Dadurch wurde es möglich, die Unterschlagungen zwei Jahre hindurch zu verdecken. Die letzte Unterschlagung beging W. im Juni d. J. als er 15 000 Mark zur Post bringen sollte. Er bezahlte dort nur 10 000 Mark ein und lieferte auch nur die Quittung über 10 000 Mark ab, ohne daß dieses auffiel. Im August v. J. wurde W. dann längere Zeit krank, so daß er auf der Rechenmaschine seine Unterschlagungen nicht verdecken konnte. Erst dadurch wurden die Unterschlagungen offenkundig. W. hatte sich nun vor dem Schöffengericht in Münster zu verantworten. Er behauptete dort, das unterschlagene Geld habe er in Burgsteinfurt allein und mit Freunden in Wirtschaften vertrunken. Dieser Angabe steht aber ein sehr gutes Leumundszeugnis gegenüber. Niemand ist es aufgefallen, daß W. übermäßig viel Geld verausgabt hat. Es besteht deshalb große Wahrscheinlichkeit, daß W. noch heute einen Teil des Geldes besitzt. Als ihm seinerzeit die Verfehlungen vorgehalten wurden, legte er sofort ein Geständnis ab und half auch mit, die Verfehlungen so schnell wie möglich aufzudecken. Das Gericht verurteilte W. wegen fortgesetzter Unterschlagung in Tateinheit mit Vergehen gegen Paragraph 274 zu einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Mildernd wurden das jugendliche Alter des Angeklagten und der Umstand, daß ihm die Straftat so außerordentlich leicht gemacht wurde, berücksichtigt

+ **Havixbeck**, 8. Jan. (Tod eines alten Veteranen.) Einer der wenigen noch unter den Lebenden weilenden Düppelstürmer, Teilnehmer der Feldzüge von 1864, 66 und 70/71, ist nunmehr zur großen Armee übergesiedelt. Johann Heinrich Quiel, 1840 zu Havixbeck geboren, trat 1863 bei der 3. Kompagnie des 1. Westf. Inf.-Regts. Nr. 13 ein, nahm dann u. a. 1864 am Düppel-Sturm, Alsenübergang, 1866 an den Gefechten bei Immelborn, Wiesenthal, 1870 an der Schlacht bei Mars-la-Tour usw. teil. Dank seinem vorzüglichen Gedächtnis vermochte er immer noch hochinteressante Episoden aus seinen Kriegserlebnissen zu schildern.

○ **Havixbeck**, 8. Jan. (Der Kriegerverein) überraschte am Dreikönigstage seine Gäste mit einer köstlichen Theaterdarbietung. Sehr zu begrüßen ist die Wahl des plattdeutschen Stückes „Hennerich Backpähler" oder „De nie Tied" oder „Bodenreform" Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden und einem Einleitungsmarsch der Musikkapelle hob sich der Vorhang und es entrollten sich vor den Augen der zahlreich erschienenen Zuschauer [illegible] Bilder. Wie die Unterlibri schon andeuten, macht das Stück bekannt mit dem politischen und privaten Leben der Landbewohner. Hart gegeißelt wird der Klassenkampf, das gespannte Verhältnis zwischen Handwerker, Pächter und Grundbesitzer, die sich daraus entwickelnde Benachteiligung des Gemeindewohles, das aber nur durch Einigkeit, durch treue Zusammenarbeit aller Stände gefördert werden kann. Derber Humor, der den ganzen Fünfakter durchzieht, stellt an die Lachmuskel außerordentlich große Anforderungen. Vor allem verdienen noch die zwei entzückenden Reigen, die im dritten und fünften Akte eingelegt waren, Erwähnung. Alles in allem, der Kriegerverein hat in diesem Winter mit seiner Aufführung alles bisher Gebotene überflügelt; ein Besuch der Vorführung ist sehr zu empfehlen. Gelegenheit dazu wird noch geboten am Sonntag, den 9. Januar.

+ **Darfeld**, 10. Jan. (Vor vollständig ausverkauftem Hause) ging am Dreikönigstag, zum dritten Male das Possenspiel „Graute Schlemm" über die Bretter. Die Spieler setzten wieder alles daran, um den Anwesenden einige genußreiche Stunden zu verschaffen. Die Feuerwehrkapelle unterhielt das Publikum in den Pausen durch Musikdarbietungen. Die zwei letzten Aufführungen finden am Sonntag, den 9. und 16. Jan. statt

○ **Darfeld**, 7. Jan. (Die Freiwillige Feuerwehr) veranstaltet am Montag, den 10. Januar, abends 6 Uhr im Elserschen Saale eine Familienfeier. Die Mitglieder der Wehr nebst Angehörigen sind zu dieser Feier freundlichst eingeladen.

+ **Hembergen**, 7. Jan. (Kleiderdiebstahl.) Beim Landwirt Voß-Eßmann wurden aus einem Kleiderschrank ein neuer schwarzer Anzug, ein getragener Anzug und eine Damenhandtasche gestohlen.

w **Osterwick**, 8. Jan. (Im Alter noch zum Betrüger geworden.) Der 53jährige Schneider Heinrich W., Vater von 7 Kindern, wollte in seiner späteren Zeit noch bequem leben. Da ihm die Schneiderei zu schwer wurde, legte er sich auf den Handel. Bei mehreren Großhändlern für Schneidereiartikel stellte er sich als Hausbesitzer vor, um sich zunächst einmal Kredit zu verschaffen. Anfänglich bezahlte er auch die von ihm bestellten Waren, jedoch nur so lange, bis ihm eine größere Sendung zugesandt wurde. Dann hatte er plötzlich kein Geld mehr. In den Jahren 1924/25 verstand er es, auf seine Art fünf Firmen um Beträge bis zu 650 Mark zu schädigen. Seiner Frau hatte W. bereits zwei Häuser zum Eigentum überschreiben lassen, so daß er bei der Aufforderung zum Offenbarungseide diesen ruhig leisten konnte. Die Machenschaften des W., die schließlich zu einer Anklage vor dem Schöffengericht in Münster führten, endeten mit der Verurteilung des W. zu 4 Monaten Gefängnis. Die Strafe wurde jedoch ausgesetzt.

w **Harlewinkel**, 8. Jan. (Um einen Ford-Wagen.) Ein Kaufmann aus Hagen hatte gegen den Bahnarbeiter Anzeige erstattet, da dieser einen Ford-Wagen, an dem sich der Hagener Kaufmann das Eigentumsrecht vorbehalten hatte, weiter verkauft haben sollte. W. wurde aber vom Schöffengericht Münster freigesprochen, weil er einen Brief vorlegte, durch den er von dem Verkäufer aufgefordert war, den Wagen weiter zu verkaufen. Da der Hagener Kaufmann sich unter falscher Entschuldigung vom Termine ferngehalten hatte, wurde ihm von der Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung angedroht.

w **Harlewinkel**, 8. Jan. (Selbsthilfe.) Der Arbeiter Hermann H. war arbeitslos. An bestimmten Tagen mußte er seine Meldekarte bei der Erwerbslosenfürsorge bescheinigen lassen. Als ihm eines Tages bei regnerischem Wetter der Weg zu beschwerlich schien, er sich außerdem auch nicht recht wohl fühlte, füllte er kurzerhand die Bescheinigung selbst aus. Die Fälschung wurde aber entdeckt und H. jetzt vom Schöffengericht zu der geringsten zulässigen Strafe von 3 Monaten verurteilt. Die Strafe wurde auf Bewährung gesetzt.

+ **Westerkappeln**, 7 Jan. (Der Stadtrat) genehmigte den Antrag des Gemeindevorstandes auf Zustimmung zum Gewerbesteuerabkommen mit dem Vorstand der Kleinbahn Piesberg Rheine. Dagegen werden die Aufwertungsanträge der Landesbank und der Spar- und Darlehnskasse abgelehnt. Die Stadtgemeindekassenrechnung für 1925 betrug 43 259 Mark Einnahme und 58 233 Mark Ausgabe.

⚓ **Horst**, 8. Jan. (Feuertod eines Kindes.) Beim Spiel riß das dreijährige Söhnchen der Eheleute Marquas eine brennende Kerze vom Küchentisch. Die Kerze fiel auf das Kind, und sofort fingen die Kleidungsstücke an zu brennen. Als die Mutter, die eben in den Keller gegangen war, in die Küche zurückkehrte, stand das Kind bereits in hellen Flammen. Die sofortige ärztliche Hilfe und die Überführung ins Krankenhaus konnten bei den schweren Brandwunden nicht mehr helfen. Der nach 24 Stunden eingetretene Tod bedeutete eine Erlösung von qualvollen Leiden

○ **Recklinghausen**, 7. Jan. (Den Vater erschossen) hat ein 20jähriger Bergmann am Abend des Dreikönigstages nach vorausgegangenem Wortwechsel in dessen Wohnung. Der Täter stellte sich nachher selbst der Polizei.

△ **Buer**, 8. Jan. (Von einem Hunde angefallen) In der hiesigen Kindermilchanstalt spielte ein 18jähriges Mädchen mit dem großen Schäferhund des Hauses, einem sehr scharfen Wachthunde. Dieser verstand den Spaß falsch, riß das junge Mädchen um und biß es in den Hals. Das wütende Tier ließ erst von seinem Opfer ab, als mehrere Leute es mit Stöcken wegtreiben konnten. Das junge Mädchen ist lebensgefährlich verletzt.

○ **Osterfeld**, 8. Jan. (Burg Vonder bleibt erhalten.) Der stürmische Protest der Heimatschutzvereine des Vestes gegen die Absicht der Reichsbahngesellschaft, die bei der Umlegung der Gleise am Bahnhof Osterfeld-Süd einen Teil der alten Burg Vonder in Anspruch nehmen wollte, hat dazu geführt, daß der endgültige Plan der Reichsbahngesellschaft ein anderes Gesicht bekommen hat und die Burg Vondern unberührt läßt. Der neue Bahnkörper wird mehr nach Osten verschoben und führt an der engsten Stelle in 12 Metern Entfernung an der Burg vorüber.

‡ **Gelsenkirchen**, 8. Jan. (Tödlicher Ausgang einer Schlägerei) In der Nacht zum Freitag entstand in einer Wirtschaft eine wüste Schlägerei, die sich auf der Straße fortsetzte. Dabei wurde der Arbeiter Wilhelm Schmidt von dem Arbeiter August Grünkagen mit einem Dolchmesser derart in den Rücken gestochen, daß die Lunge durchbohrt wurde. Lebensgefährlich verletzt wurde Schmidt mit dem städtischen Krankenwagen sofort ins evgl. Krankenhaus eingeliefert, wo er aber kurz nach der Einlieferung gestorben ist. Täter und Mittäter wurden festgenommen

□ **Bentheim**, 6. Jan. (Die Jugendherberge) hatte im Vorjahre eine Zunahme des Besuches um 700. Unter den vielen Besuchern befanden sich Wanderer aus Österreich, Dänemark, Holland und der Schweiz. Trägerin der Jugendherberge ist die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Jugendherbergsverbandes.

⊗ **Schüttorf**, 4. Jan. (Verschiedenes) Zu der Frage des Baues einer Turnhalle, der im vergangenen Jahre, in dem der neue städtische Sportplatz der Öffentlichkeit übergeben werden konnte, zurückgestellt werden mußte, nimmt der Turnverein nachdrücklichst Stellung. Bereits vor einiger Zeit waren Vertreter der Regierung hier anwesend zu Besprechungen mit den Vertretern der Stadt in Sachen der Turnhallenfrage. Dem Vernehmen nach waren diese Verhandlungen nicht ganz ohne Erfolg. Am 5. Febr. veranstaltet der Turnverein nun ein großes Verbandsfest. Der Gauvorsitzende Dr. Tiemann aus Osnabrück hat sein Erscheinen zugesagt, und auch Schulrat Stalmann, ein eifriger Förderer auf dem Gebiete der Jugendpflege, ist dazu eingeladen worden. — Ein großes Wohltätigkeitskonzert veranstaltet der Kriegerverein am Samstag, den 29. Januar. Um eine möglichst große Einnahme zu erzielen, soll mit dem Fest eine Verlosung verbunden werden, zu der die Preise durch freiwillige Gaben aufgebracht werden.

⊗ **Aus dem Oldenburgischen**, 5. Jan. (Unfälle.) In Augustendorf fuhren im Abenddunkel zwei Radfahrer mit solcher Wucht gegeneinander, daß der eine gestorben ist, der andere schwer verletzt wurde. — In der Stadt Oldenburg wurde ein vor einem Herde sitzendes Kind vom kochenden Wasser eines umkippenden Topfes übergossen und verbrüht. Der Tod erlöste am folgenden Tage das Kind von seinem qualvollen Leiden.

⊗ **Duisburg**, 9. Jan. (Aus der Fremdenlegion zurückgekehrt.) Hier traf ein Mann namens Tebernum ein, der vor 24 Jahren in die französische Fremdenlegion verschleppt worden war. Mit einem zweiten Deutschen, der unterwegs verstarb, hatte er in Syrien einen Fluchtversuch unternommen. Es gelang Tebernum, auf englisches Gebiet zu entkommen, von wo aus er den ganzen Weg bis nach Deutschland zu Fuß zurücklegte.

Genormtes Leben — billiges Leben.

Von Rudolf Bier.

Auf der vor kurzem geschlossenen britischen Reichskonferenz wurde es den Dominions zur Pflicht gemacht, alle Normungsbestrebungen tatkräftig zu unterstützen, da auf diese Weise jedes Jahr ungezählte Millionen erspart werden könnten. Ein maßgebendes Mitglied des deutschen Normenausschusses, der in den neun Jahren seines Bestehens Einheitstypen für 1600 Gegenstände festgesetzt hat, erklärte unserem Mitarbeiter, daß ein Teil unserer Industrie durch starres Festhalten an überlieferter Mannigfaltigkeit jährlich ganz außerordentlich hohe Summen verschwende.

Dem Europäer, der zum erstenmal in den Straßen von Newyork spazieren geht, fällt als besonders eigentümlich auf, daß fast jeder dritte Mann denselben Anzugstoff trägt, jeder zweite Fahrer denselben Autotyp benutzt und ausnahmslos jeder Amerikaner Geschmack an dem gleichen Kaugummifabrikat findet, dessen marktschreierische Reklame vom „Bus" leuchtet, im Lichterglanz am 40. Stockwerk eines Wolkenkratzers erstrahlt und den müden Großstädter, der am Abend aus der City in sein Landhaus strebt, auch noch in die Untergrundbahn verfolgt. Die Sucht nach Originalität, die den bewußt gewordenen Träger einer alten Kultur peinigt und dem europäischen Intellektuellen jeden Genuß verdirbt, wenn dieser Genuß einer breiten Masse in gleicher Form gleich zugänglich ist, fehlt dem realdenkenden Amerikaner vollständig. Da die einheitliche Massenherstellung desselben Gegenstandes die Erzeugungskosten vermindert, so ordnet sich der Yankee willig dem allgemeinen Geschmack unter und ist beglückt, alle Gebrauchsgüter zu niedrigem Preis zu erhalten, ohne darüber erzürnt zu sein, daß ihm nur eine geringe Auswahl geliefert wird, und daß alle seine Nachbarn einen Schaukelstuhl besitzen, der seinem eigenen aufs Haar gleicht der noch dazu in einem Raum steht, dessen einheitliche Ausstattung auch sonst jede persönliche Note vermissen läßt. Es ist dem praktischen Blick des Amerikaners gelungen, unter rund tausend Farben für Herrenfilzhüte, wie sie früher in den Vereinigten Staaten üblich waren, neun auszuwählen, auf deren Erzeugung sich die amerikanische Filzindustrie nunmehr beschränkt hat, und die dementsprechend billiger geliefert werden können. Dem Deutschen der gerade in den persönlichen Gebrauchsgegenständen größere Mannigfaltigkeit liebt, werden einige andere Beispiele aus den Vereinigten Staaten noch anschaulicher zeigen, daß gerade bei anderen Gütern weit bedeutender Ersparnisse gemacht werden können. Die Fahrradfabriken z. B. haben durch Einführung von nur drei Typen mehr als 10 Prozent der Erzeugungskosten erspart; Betten und Bettstellen sind nach der Beschränkung der Formenzahl um ein Drittel im Preis gesunken. Die Ziegelbrennereien, die früher 119 verschiedene Arten von Ziegeln herstellten, haben sich darauf geeinigt, für alle Bauzwecke nur noch eine einzige Ziegelform zu brennen.

Die Vereinfachung der Gebrauchsgüter, die die Techniker mit einem unschönen Wort „Normung" nennen, ist aber auch in Deutschland nichts Unbekanntes mehr. Kauft man in einem beliebigen Geschäft 15 verschiedene Stahlfedern, so passen sie stets in jeden Federhalter; sie sind genormt. Man macht sich weiter keine Gedanken darüber. Wer eine neue Glühbirne braucht, muß nicht erst das Gewinde ausmessen; da auch die Glühbirnen genormt sind, kann man sie jetzt in jede Fassung einschrauben. Aber gerade bei den Glühbirnen haben schon viele zu ihrem Schaden erfahren, daß die Normung noch nicht weit genug gegangen ist; die Elektrizitätswerke konnten sich nämlich bisher noch nicht auf eine einheitliche Stromspannung einigen, und so müssen alle elektrotechnischen Gebrauchsartikel für verschiedene Spannungen gesondert angefertigt werden, so daß etwa der Berliner, der seine Wohnung in den Vorort Charlottenburg verlegt, weder seine Glühbirnen, noch sein elektrisches Bügeleisen weiter verwenden kann.

Die Normung ist zunächst eine Frage der Bequemlichkeit. Welche Hausfrau wäre nicht glücklich, könnte sie endlich ihre alten Deckel für die neuen Kochtöpfe benutzen, und wie angenehm wäre es, wenn jeder Kochtopf auf die Eisenringe des Herdes paßte! Für die Besitzer einer Schreibmaschine ist es eine große Erleichterung, daß die Farbbänder seit einigen Monaten alle in der gleichen Breite von 13 Millimeter hergestellt werden. Wer einmal mit seinem Fahrrad einen Ausflug über Land unternommen und dabei in irgend einem Dorf eine Panne gehabt hat, wird es sicherlich als sehr unbequem empfunden haben, daß die Fahrradfabriken, wie ein einziger Ersatzteilkatalog lehrt, 33 verschiedene Vorderradkonen, 36 Hinterradkonen, 91 Tretlagerschalen, 107 Tretlagerachsen, 92 Pedalkurbeln und mindestens 400 verschiedene Bremsgummisorten verwenden. Welcher Fahrradhändler in einem kleinen Ort kann alle diese Teile vorrätig halten, um in Not geratenen Radlern zu helfen? Wenn sich die Fahrradfabriken wie in Amerika zu einer Normung ihrer Erzeugnisse entschlössen, so könnten sie außerdem die Fahrräder erheblich billiger als bisher zum Verkauf anbieten.

Was unter Umständen von der Normung abhängen kann, zeigt das Beispiel der Feuerwehr. Druckschläuche, Saugschläuche, Spritzen und Drehleitern werden jetzt einheitlich hergestellt, so daß keine Schwierigkeiten entstehen können, wenn bei einem Großfeuer die Wehren der Nachbarschaft zu Hilfe eilen und nun ihre Apparate an die andersartigen Einrichtungen der fremden Gemeinde anschließen sollen. Der Hauptvorteil der Vereinfachung liegt aber nicht in der Bequemlichkeit und der doch nur selten auftretenden Notwendigkeit, bestimmte öffentliche Einrichtungen einheitlich zu organisieren, sondern in dem wirtschaftlichen Nutzen. Eine Fabrik, die früher Fensterrahmen aller Art herstellte, verkaufte eine bestimmte große Fensterform für 40 Mark das Stück, kann aber jetzt durch die Massenherstellung ein entsprechendes Fenster für 24,50 Mark liefern. Für den Kleinwohnungsbau ist es natürlich außerordentlich wichtig, daß genormte einfache Fenster um 35 Prozent, Doppelfenster um 28 Prozent und Türen um 39 Prozent billiger hergestellt werden können als ungenormte. Die Krankenhäuser, die bisher 200 verschiedene Bettmodelle verwandten, werden in Zukunft mit sechs Arten von Krankenbetten auskommen, und statt 50 verschiedener Krankentische sollen nur noch zwei Sorten benutzt werden. Da es in Deutschland an öffentlichen und privaten Krankenhäusern einschließlich der Augenkliniken und Entbindungsanstalten sowie der Irrenanstalten 4500 Institute mit rund einer halben Million Krankenbetten gibt, so wird die Ersparnis beträchtlich sein; man hat geschätzt, daß trotz einer sehr viel besseren Durchschnittsqualität allein an den Krankenbetten 5 Millionen Mark erspart werden können.

Für die Industrie bedeutet die Normung nicht nur eine Vereinfachung des Fabrikationsprozesses, sondern auch eine erhebliche Erleichterung der Kalkulation. Auch Händler und Verbraucher haben neben dem niedrigen Preis den Vorteil, durch die einheitliche Herstellung in vielen Fabriken die von ihnen verlangten Waren auch dann erhalten zu können, wenn einmal irgend eine Spezialfabrik überbeschäftigt oder durch andere Gründe an schneller Lieferung verhindert ist. Anderseits bereitet die Umstellung auf genormte Gegenstände erhebliche Schwierigkeiten, und das ist auch der Grund, weshalb nicht alle Industriezweige der neuen Entwicklung Lobgesänge widmen. Es war wohl verhältnismäßig leicht, in vielen Betrieben zu den vom Normungsausschuß vorgeschlagenen einheitlichen Formaten für Briefbogen, Umschlägen, Postkarten und Werbedrucksachen überzugehen, denn selbstverständlich verbraucht jedes Unternehmen erst seinen Vorrat an vorgedruckten Papieren, ehe es von den genormten Formaten Gebrauch machte. Dagegen ist es sehr schwierig, bestimmte Schraubensorten, Gewinde Maschinenkolben und ähnliche Gegenstände zu normieren, da diese Dinge immer wieder als Ersatzteile für noch nicht amortisierte Maschinen benötigt werden, und man kann von keinem Unternehmer verlangen, daß er eine hochwertige Maschine außer Betrieb setzt, nur weil irgend eine Schraubenart nic



Fort mit Schaden!

Eine restlose Räumung der riesigen Vorräte ohne Rücksicht der Gestehungskosten. / Solch eine billige Einkaufsmöglichkeit bietet sich Ihnen nie wieder!

Viele 1000 Meter
Baumwollwaren

Nessel, eine gute Wäschequalität	18 ₰	Bettkattun 80 cm haltbare Qualität	38 ₰
Hemdentuch, 80 cm, solide Ware	28 ₰	Bettdamast 160 cm, feine südd. Ausrüst.	1.50
Hemdenflanell, 75 cm, westfälische Qualität	35 ₰	Schlafdecke, volle große . . .	95 ₰
Schürzensiamosen, 118 cm, prima Qualität	75 ₰	Haustuch, 140 cm gute westf. Qualität	98 ₰

Viele 1000 Meter
Kleiderstoffe

Pulloverstoffe, ganz mod. Muster	58 ₰	Hauskleiderstoff, unverwüstlich . . .	78 ₰
Doppelrips 130 cm waschbare Qualität	4.90	Kleiderschotten kleine Dessins . .	80 ₰
Popeline, doppelbreit haltbare Qualität	1.25	Blusenstreifen reine Wolle . . .	1.38
Façonne r. Wolle, doppelbreit	1.75	Mantelvelour de laine reiche Auswahl . .	4.75

Viele 1000 Meter
Seidenstoffe

Waschseide, gute Qual. mod. Karostellung	78 ₰	Waschsamtreste, Qualit. bis 5 Mk. . . .	1.98
Waschseid. Façonne in modern. Ballfarben	98 ₰	Kleidersamt 70 cm farbig . . .	2.95
Helvetia-Gaufré, 9 Ballfarb., ca 90 cm	3.95	Vulgurant K. S. für eleg. Ballkleider . . .	3.75
Damasse, 85 cm, für elegantes Futter .	1.68	Crepe de Chine modernes Farbsort.	4.45

Feibes führt

von vielen vorteilhaften Angeboten das vorteilhafteste!

Beim Einkauf von 3.00 Mark an 1 Stück Lilienmilch-Seife gratis.

Viele 1000 Dutzend
Strumpfwaren

Damenstrumpf, farbig	18 ₰	Füßlinge, schwarz und farbig	15 ₰
Seidengriff D.-Strumpf farbig, verst. Fuß .	55 ₰	Reinw. Kinderstrumpf Marke „Felsenfest", braun, Steigerung 10 ₰ Größe 5	98 ₰
Damen-Woll-Strumpf farbig	98 ₰	Bd. Herren-Jacquard-Socken, ganz verst.	38 ₰
Babystrumpf, weiß, la. reine Wolle, Gr. 3	48 ₰	Echt Kamelhaar Socken unverwüstlich . . .	1.25

Viele 1000 Paar
Handschuhe

Fausthandschuhe, rein. Wolle für Kinder .	38 ₰	Herren-Trikot-Handschuh, farbig . . .	48 ₰
Kinder-Strickhandsch. bunte Stulpe, r. Wolle	65 ₰	Herr.-Halbfutter, bunt. Rauschfutter . . .	1.25
Damen-Trikot-Handschuhe pr. verarbeit.	48 ₰	Herr.-Strickhandschuh weiche, reine Wolle	1.68
Damen-Leder-Imitat, halb gefüttert . .	98 ₰	Herr.-Handsch., ganz gef. m. warm. Rausch	1.95

Viele 1000 Stück
Trikotagen

Rein wollene Aermel, alle Größen . . .	38 ₰	Damen-Normal-Reform-Hose, wollgemischt .	1.45
Kinderleibchen, gestr. mit Trägern, Gr. 6–8 95 alle kleineren Größen	75 ₰	Herren-Maco-Einsatz-Hemd, waschechte Eins. alle Weiten 36–44	1.45
Mädchen-Schlupfhosen m. angerauht. Futter	50 ₰	Herren-Futterhose angewebtes Futter	1.65
Damen Turnhose, marine, mit aufgesetzter Tasche . . . . Gr. 35 Steigerung 10 ₰	1.25	Herren-Normal-Hose Wollgemischt Gr. 4	1.35

Viele 1000 Meter
Gardinenstoffe

Vitrage, für Küchenfenster 45 cm	18 ₰	Etamine, 150 cm kariert	48 ₰
Bagdad, Meterware für Dekorationen	35 ₰	Brises Bises abgepaßt	28 ₰
Halbstores für mod. Fenster	65 ₰	Gobelin-Imitat ganz schwere Qual.	1.65
Madras-Garnituren 3teilig, hellgrundig	2.50	Kaffeedeckenstoff 150 cm, waschecht .	1.45

Einiges von 100 Artikeln
weit unter Preis!

Knaben-Schürzen waschecht, Größe 40 Steigerung 5 Pfg.	48 ₰	Mädchenschürzen, Indanthren, Größe 40 Steigerung 10 Pfg.	95 ₰
Damen-Taschentuch, reich gestickt . . .	15 ₰	Klöppelspitze ein Stück 4,20 m	50 ₰
Wachstuch, 85 cm, beste deutsche Qual.	1.75	Guter Fesion ein Stück 9,20 m	95 ₰
Hosenträger gute Ware	38 ₰	Wachstuch-Gürtel verschiedene Läng.	20 ₰

Mengen-Abgabe auch aller nicht angeführten Artikel ausdrücklich vorbehalten.

J. M. Feibes

Münster i. W., Salzstraße 3-4

Für alle nicht herabgesetzten Waren gewähre ich im Ausverkauf 10 Proz. Rabatt